

Lucerne University of
Applied Sciences and Arts

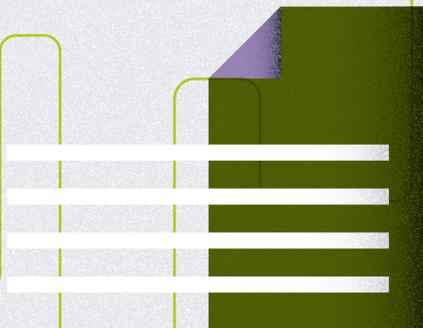
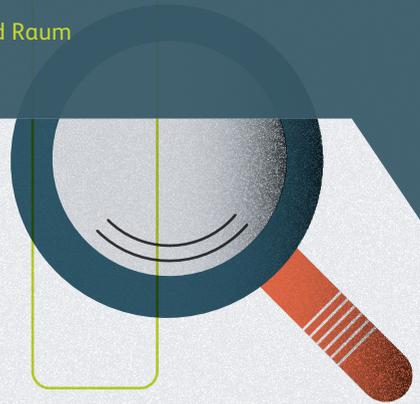
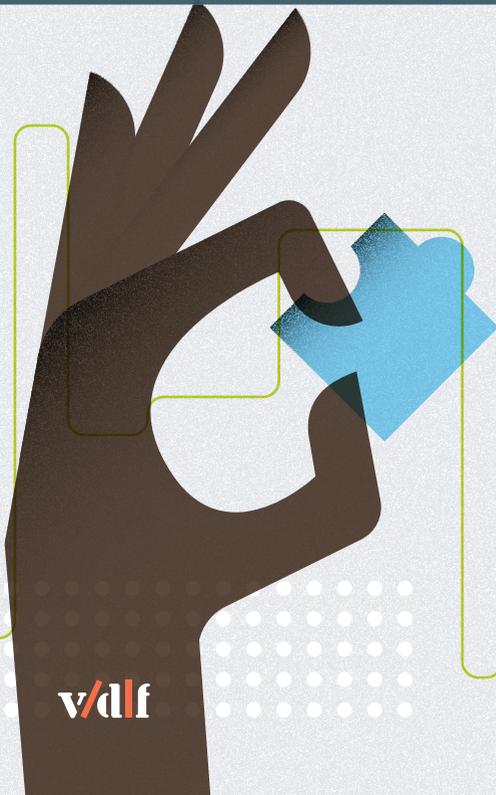
HOCHSCHULE LUZERN

FH Zentralschweiz

KOOPERATION BAU UND RAUM

Neue interdisziplinäre Wege
in Forschung und Praxis

Interdisziplinärer Schwerpunkt Kooperation Bau und Raum
Ulrike Sturm und Melanie Lienhard



v/dlf

KOOPERATION BAU UND RAUM

Neue interdisziplinäre Wege
in Forschung und Praxis

Interdisziplinärer Schwerpunkt Kooperation Bau und Raum
Ulrike Sturm und Melanie Lienhard

BIBLIOGRAFISCHE INFORMATION DER DEUTSCHEN NATIONALBIBLIOTHEK

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7281-3903-0
© 2018

Hochschule Luzern, Interdisziplinärer Schwerpunkt Kooperation Bau und Raum
vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich
www.vdf.ethz.ch, verlag@vdf.ethz.ch

Das Werk einschliesslich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ausserhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt besonders für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

HERAUSGEBER

Ulrike Sturm und Melanie Lienhard, Hochschule Luzern,
Interdisziplinärer Schwerpunkt Kooperation Bau und Raum (IDS KoBRa)

GESTALTUNG

Hochschule Luzern – Technik & Architektur,
Kompetenzzentrum Typologie & Planung in Architektur (CCTP)
Elke Schultz, Joseph Kennedy, Fiona Good

KONTAKT

ulrike.sturm@hslu.ch, melanie.lienhard@hslu.ch

Ulrike Sturm, Melanie Lienhard DANK	6
Viktor Sigrist VORWORT Interdisziplinarität an der Hochschule Luzern	7
Ulrike Sturm, Melanie Lienhard KOOPERATION BAU UND RAUM Ressourcen teilen und Netzwerke bilden	9
1 NEUE PLANUNGSPROZESSE IN STÄDTEN UND GEMEINDEN	20
André Duss, Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement Kanton Luzern KURZSTATEMENT zur Planungskultur	22
Ulrike Sturm, André Duss, Alexa Bodammer, Lea Aeschlimann KOOPERATIVE VERFAHREN ZUR SIEDLUNGS-ENTWICKLUNG NACH INNEN Auf dem Weg zu einer neuen Planungskultur	23
Patricia Wolf, Sibylla Amstutz, C. Lars Schuchert, Bettina Minder, Alex Willener GRASWURZEL-BEWEGUNGEN UND DIE UNTERNEHMERISCHE STADT am Beispiel Neubad Luzern	43
Bea Durrer Eggerschwiler, Barbara Emmenegger ENTWICKLUNGSPROZESSE IN STÄDTEN UND GEMEINDEN Möglichkeiten und Grenzen neuer Steuerungsformen	65

EXPEDITION	86
Karl Stammnitz, Grün Stadt Zürich KURZSTATEMENT zum Vorgarten	87
Marianne Halter DURCH DIE VORGÄRTEN VON ZÜRICH UND BASEL Ein Fotoessay	88
Caspar Schärer EXPEDITION IN EINEN ZWISCHENRAUM Streifzug durch das vergessene Reich der Vorgärten	119
2 KOOPERATIVE GEBÄUDESANIE- RUNG UND ENERGIEPLANUNG	128
Adrian Altenburger, Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein KURZSTATEMENT zu Energie & Sanierung	130
Melanie Lienhard, Amelie-Theres Mayer, Stefan Bruni LUZERNER TOOLBOX zur Entwicklung von Langzeit- strategien im Stockwerkeigentum	131
Alexa Bodammer, Sonja Geier, Uli Matthias Herres, Ulrike Sturm, Frank Keikut, Joachim Ködel, Barbara Rosenberg, Gianrico Settembrini HOLZBAUSANIERUNG + ERNEUERBARE ENERGIEN Ein kooperatives Vorgehen am Beispiel eines Bergdorfes	154
EXKURS	170
Gabriela Wülser, Network for Transdisciplinary Research KURZSTATEMENT zur Interdisziplinarität	171
Melanie Lienhard INTERDISZIPLINARITÄT IN DER LEHRE am Beispiel der Hochschule Luzern	172

3 SOZIALER WANDEL UND LEBENSGESTALTUNG	190
Doris Sfar, Bundesamt für Wohnungswesen KURZSTATEMENT zu sozialem Wandel und Lebensgestaltung	192
Lidewij Tummers CO-HOUSING DESIGN New qualities through new housing collaborations?	193
Sibylla Amstutz, Katia Delbiaggio, Gabrielle Wanzenried WOHNFLÄCHENVERBRAUCH UND GRUNDRISS- GESTALTUNG Eine angebotsseitige Betrachtung	218
Alexey Andrushevich, Martin Biallas, Simone Gretler Heusser, Rolf Kistler, Clemens Nieke ASSISTENZSYSTEME UND TECHNOLOGIEN Unterstützung im sozialen Wandel	243
AUSBLICK	262
Michael Kaufmann DIE ERWEITERUNG DES HORIZONTS im Zeitalter der Globalisierung	263
AUTORINNEN UND AUTOREN	266
QUELLEN	276

Ulrike Sturm,
Melanie Lienhard

Wir danken dem Fachhochschulrat und der Hochschulleitung der Hochschule Luzern für die weitblickende und kontinuierliche Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit insbesondere der fünf interdisziplinären Schwerpunkte der Hochschule Luzern in den Jahren 2010–2018. Unser Dank geht ebenso an die Direktor/innen der Hochschule Luzern, welche die interdisziplinären Schwerpunkte in all den Jahren mit Fachwissen und Elan begleitet und unterstützt haben.

Persönlich möchten wir Elena Wilhelm danken, die mit dem Konzept, dem Aufbau und der engagierten Leitung des Interdisziplinären Schwerpunkts *Gebäude als System* wesentliche Meilensteine für die interdisziplinäre Arbeit mit Netzwerken im Kontext von Bauen an der Hochschule Luzern gesetzt hat. In diesem Sinne knüpft die vorliegende Publikation an den Sammelband «Gebäude als System» (Interact, vdf) aus dem Jahr 2012 an, den Elena Wilhelm und Ulrike Sturm herausgegeben haben.

Ein herzlicher Dank geht auch an alle beteiligten Autorinnen und Autoren, die sich mit Wissen, Erfahrung und Engagement im Themenfeld *Kooperation Bau und Raum* eingebracht haben, sowie an die Projektleitenden und administrativen und technischen Mitarbeitenden der Hochschule Luzern, welche die zahlreichen dargestellten Projekte durchgeführt und unterstützt haben. Ausdrücklich gedankt sei auch Elke Schultz, Joseph Kennedy und Fiona Good für die grafische Gestaltung des Buches, sowie dem anonymen Reviewer, der Lektorin und Angelika Rodlauer vom vdf-Verlag für die gute fachliche Betreuung.

Ein grosses Dankeschön geht an alle unsere Partnerinnen und Partner aus Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft. Ohne deren Wissen, Erfahrung und Interesse, Resonanz und Mitarbeit wären diese Projekte und Entwicklungen gar nicht möglich gewesen. Dies gilt insbesondere für die Vertreter/innen des Umwelt- und Wirtschaftsdepartements des Kantons Luzern, von Grün Stadt Zürich, des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins, des Transdisziplinaritätsnetzes der Akademien der Wissenschaften Schweiz und des Bundesamtes für Wohnungswesens, die mit ihren Kurzstatements zur gesellschaftlichen Relevanz der behandelten Themen die Publikation aktiv unterstützt haben.

Luzern, Juni 2018

Ulrike Sturm und Melanie Lienhard

VORWORT

Interdisziplinarität an der Hochschule Luzern

Viktor Sigrist

Interdisziplinarität hat seit den 1970er-Jahren zu einem wichtigen innerwissenschaftlichen Lernprozess geführt. Ihr Ansatz war und ist es, für die Bearbeitung komplexer Fragestellungen trennende Fächergrenzen zu überwinden und stattdessen Disziplinen übergreifende Kooperationen einzugehen. Dies stellt in der Regel hohe Anforderungen an alle Beteiligten, gilt es doch, eine gemeinsame Sprache zu finden sowie sich mit unterschiedlichen Sichtweisen und Wertesystemen vertraut zu machen. Viele Zusammenschlüsse verbleiben deshalb im jeweils vertrauten Spektrum der Wissensgebiete.

Anders an der Hochschule Luzern: Hier wurde vor rund zehn Jahren beschlossen, Interdisziplinarität als Profilierungsmerkmal aufzubauen und über strategische Schwerpunktsetzungen zu fördern. Heute kann man sagen, diese Bemühungen sind erfolgreich: Die Hochschule Luzern wird in der Schweiz (und weit darüber hinaus) als Institution wahrgenommen, die Interdisziplinarität lebt und in Lehre und Forschung erfolgreich umsetzt. Heute bestehen vielfältige interdisziplinäre Studienangebote und auch in der Forschung und Entwicklung sind Fächer übergreifende Projekte keine Seltenheit mehr. Die als Schwerpunkte geförderten Themen wie *Tourismus und nachhaltige Entwicklung*, *Datenwelten*, *Creative Living Lab* und *Gesellschaftliche Sicherheit und Sozialversicherungen* sind zu Markenzeichen der Hochschule geworden.

Von Beginn weg wurde unter dem Titel *Gebäude als System* ein weiterer Schwerpunkt aufgebaut. Bekanntheit erlangte dieser durch zahlreiche Publikationen und Tagungsbeiträge sowie den Umstand, dass er mit *Kooperation Bau und Raum* eine nicht minder erfolgreiche Fortsetzung fand. Ergebnisse der Beschäftigung mit Kooperationen in den Feldern Bau und Raum an der Hochschule Luzern sind in der vorliegenden Publikation festgehalten. Die einzelnen Kapitel und Texte spannen einen Bogen von den kooperativen Planungsprozessen über die bauliche und energetische Erneuerung von Bestandsbauten bis hin zu sozial verträglicher Lebens- und Wohnraumgestaltung. Im Sinne eines Werkberichts wird auch das interdisziplinäre Arbeiten dokumentiert, bei dem sich gestalterische und technische Disziplinen

sowie die Sozialwissenschaften gemeinsam mit gesellschaftlich relevanten Fragestellungen befassen.

Erfreulich ist der Umstand, dass der hier verhandelte Themenkomplex der Hochschule Luzern als *Interdisziplinärer Themencluster Raum & Gesellschaft* erhalten bleibt. Bei den Interdisziplinären Themenclustern (ITC) handelt es sich um weiterführende strategische Schwerpunktaktivitäten für die Jahre 2018 bis 2023. Diese werden wiederum interdisziplinär geprägt sein und über einen starken Forschungsfokus verfügen, der auch in Aus- und Weiterbildung ausstrahlt. Neben dem Thema *Raum und Gesellschaft* widmet sich ein zweiter Themencluster der *Digitalen Transformation der Arbeitswelt*. Die Cluster werden von zwei interdisziplinär zusammengesetzten Co-Leitungen gesteuert. Zu diesem Team gehört auch Ulrike Sturm, die von 2012 bis 2013, zunächst gemeinsam mit Elena Wilhelm, den Interdisziplinären Schwerpunkt *Gebäude als System* und von 2014 bis 2018 den Interdisziplinären Schwerpunkt *Kooperation Bau und Raum* leitete, seit 2016 gemeinsam mit Melanie Lienhard. Den Erfolg der bisherigen interdisziplinären Aktivitäten an der Hochschule Luzern, belegt unter anderem die vorliegende, von Ulrike Sturm und Melanie Lienhard herausgegebene Publikation. Diesen Erfolg gilt es nun mit den Interdisziplinären Themenclustern fortzuschreiben und auszuweiten.

KOOPERATION BAU UND RAUM Ressourcen teilen und Netzwerke bilden

Ulrike Sturm,
Melanie Lienhard

«Der Wechsel zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung wurde bisher erst durch einzelne Akteure, punktuell und an einzelnen Orten vollzogen. Für einen flächendeckenden Paradigmenwechsel sind Bund, Kantone, Städte und Gemeinden ebenso gefordert wie Investoren, Grundeigentümer, Interessengruppen und Verbände. Sie alle sind [...] gleichermaßen angesprochen.»

(Schweizerische Tripartite Agglomerationskonferenz TAK 2014, S. 25)

Das Teilen von knapper werdenden Ressourcen stellt eine der grossen gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte dar. Grund für diese Veränderung ist das zunehmende Bewusstsein der *Endlichkeit der Erde* und begrenzter Ressourcen, das – beginnend in den 1970er-Jahren – zur politischen Zielsetzung nachhaltiger Entwicklung geführt hat.¹ In den westlichen Industriegesellschaften ist einerseits im Sinne einer globalen Verpflichtung,² andererseits im Hinblick auf die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein Wechsel im Umgang mit und Zugang zu knapper werdenden Ressourcen auszumachen.³ Für die Entwicklung solcher nachhaltiger Lösungen sind häufig kooperative Ansätze unter Einbezug und Mitarbeit verschiedener Akteure gefragt.

Die schweizerischen Hochschulen nehmen als Wissens- und Bildungsorganisationen mit ihrem vierfachen Leistungsauftrag (Ausbildung, Weiterbildung, Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistung) eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Verbreitung von neuen Lösungen wahr. Die angewandte Forschung eröffnet den Raum, um gemeinsam mit der Praxis neue Lösungsansätze auszuarbeiten und zu testen. Über die Dienstleistung können diese

¹ Siehe www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals [Aufgerufen am 30.05.2018]

² Siehe www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home.html [Aufgerufen am 30.05.2018]

³ Siehe www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung.html [Aufgerufen am 30.05.2018]

Ansätze vom Modellhaften ins Routinierte übertragen werden, und schlussendlich auch ihren Weg aus der Hochschule heraus in die Wirtschaft finden. Über die Aus- und Weiterbildung kann sichergestellt werden, dass der Wissenstransfer stattfindet. Durch den Interdisziplinären Schwerpunkt *Kooperation Bau und Raum* der Hochschule Luzern konnte in den Jahren 2014–2018 in verschiedenen Projekten untersucht werden, wie die gemeinsame Nutzung von Ressourcen durch kooperative Netzwerke im Kontext von Bau und Raum in der Schweiz initiiert und optimiert werden kann. Dies mit dem Ziel, die jeweiligen baulichen, technischen, räumlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Komponenten einzubinden und einen geteilten Mehrwert zu schaffen.

Untersucht wurden unterschiedliche Fragestellungen, in welche die Kompetenzen der verschiedenen Departemente der Hochschule Luzern sowie von Forschungs- und Praxispartnern eingebunden wurden. Der Fokus lag auf den direkt oder indirekt an der Produktion des Raums beteiligten Akteuren: im Rahmen der Planung und Ausführung oder im Rahmen der Nutzung von Gebäuden, Arealen, Quartieren bis hin zu ganzen Gemeinden. Zentral war dabei immer die Vernetzung der einzelnen baulichen Elemente mit ihrem umliegenden System, ihrem Umfeld. Oder anders ausgedrückt: Wie muss das Gebaute in sein Umfeld eingebettet sein, um einen Mehrwert zu generieren, und welche Akteurskonstellationen, Formen der Zusammenarbeit und Prozessgestaltung unterstützen dies?

Die Adressierung von Akteuren oder Akteursnetzwerken erfolgte dabei auf drei Ebenen: erstens im Bereich der technischen Systeme und Hilfsmittel und ihrer Verwendung, zweitens in der Untersuchung von *Gebäuden im System* und drittens in der Analyse der Handlungen und Interaktionen von Akteuren. Ziel war jeweils die anwendungsbezogene Entwicklung von Instrumenten und Prozessen, die sich mit einem optimierten Einsatz von Ressourcen und der Schaffung von geteiltem Mehrwert befassen.

Gemäss der Definition von Interdisziplinarität der Hochschule Luzern sollten sämtliche «Disziplinenvertreter/innen von der Definition des Problems bis zum Abschluss des Projekts, Vorhabens oder Produkts beteiligt» sein (Hochschule Luzern, 2013). Die Definition greift somit die Idee auf, dass sich die Disziplinen in der gemeinsamen Zusammenarbeit untereinander befruchten und dadurch neue Ideen und Lösungen entstehen, anstatt eine reine

Kombination bestehender Lösungen zu erwirken. Die Vorreiterrolle, welche die Hochschule Luzern bei der Förderung der Interdisziplinarität eingenommen hat, konnte dabei in allen Interdisziplinären Schwerpunkten⁴ zu innovativen Lösungen und neuen Arbeitsweisen in inter- und transdisziplinären Teams führen.

Der Interdisziplinäre Schwerpunkt *Kooperation Bau und Raum* stellte finanzielle Mittel für interdisziplinäre Projekte zum Teilen von Ressourcen in kooperativen Netzwerken in vier Themenfeldern zur Verfügung:

- Teilen als gesellschaftlicher Transformationsprozess
- Planungs- und Entwicklungsprozesse in Städten und Gemeinden
- Kooperative Gebäudesanierung und Energieplanung
- Sozialer Wandel und dessen Auswirkungen auf die Lebensgestaltung

Der vorliegende Herausgeberband stellt konkrete Ergebnisse aus der Forschung und Entwicklung des Interdisziplinären Schwerpunkts *Kooperation Bau und Raum* vor. Beschrieben werden Projekte, die aus dem Interdisziplinären Schwerpunkt *Kooperation Bau und Raum* heraus entstanden sind, sowie weitere Projekte, die unabhängig davon zu einem der Themenbereiche gearbeitet haben.

Über die Laufzeit des Interdisziplinären Schwerpunkts hinweg hat sich gezeigt, dass das Themenfeld *Teilen als gesellschaftlicher Transformationsprozess* ein Querschnittsthema darstellt. In vielen der durch den Schwerpunkt geförderten Projekte spielten einzelne Aspekte dieses Themenfelds eine Rolle. In der Regel war es jedoch nicht selbst der zentrale Forschungsgegenstand. Somit präsentiert der Herausgeberband Beiträge zu den drei weiteren Themenfeldern, entlang derer auch die Kapitel strukturiert sind:

KAPITEL 1: Neue Planungsprozesse in Städten und Gemeinden

KAPITEL 2: Kooperative Gebäudesanierung und Energieplanung

KAPITEL 3: Sozialer Wandel und Lebensgestaltung

Die inhaltliche Ausrichtung der drei Kapitel wird vor der Vorstellung der einzelnen Beiträge jeweils kurz erläutert. Zwischen die Hauptkapitel sind eine «Expedition in einen Zwischenraum» und ein «Exkurs zur Interdisziplinarität in der Lehre» eingeschoben. In Form eines Kurzstatements heben einige der Forschungs- und Praxispartner der Hochschule

⁴ Dieses sind: Kooperation Bau und Raum mit dem Vorgängerschwerpunkt Gebäude als System, Tourismus und nachhaltige Entwicklung, Datenwelten, Creative Living Lab sowie Gesellschaftliche Sicherheit und Sozialversicherungen.

Luzern vor jedem Kapitel die wichtigsten Herausforderungen und Entwicklungen im jeweiligen Themenbereich aus Sicht ihrer Institution hervor. Dabei kommen der Kanton Luzern mit der Dienststelle Raum und Wirtschaft, das Amt Grün Stadt Zürich, der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein, das Transdisziplinaritätsnetz der Schweizerischen Akademien der Wissenschaften und das Bundesamt für Wohnungswesen zu Wort.

Die meisten Beiträge wurden durch Autorenteamen verfasst. Darin spiegelt sich einerseits die Komplexität der Fragestellungen in den Forschungsprojekten wider und andererseits die Tatsache, dass dieser in der Regel nur durch interdisziplinäre Teamzusammensetzungen mit breiten Kompetenzen Rechnung getragen werden kann. An den Beiträgen haben über 30 Kolleginnen und Kollegen aus der Hochschule Luzern, der Praxis sowie anderen Hochschulen gearbeitet.

KAPITEL 1

NEUE PLANUNGSPROZESSE IN STÄDTEN UND GEMEINDEN

Das erste Kapitel befasst sich mit Planungs- und Entwicklungsprozessen in Städten und Gemeinden. Das Themenfeld umfasst Projekte, die auf verschiedensten räumlichen Ebenen ansetzen – von Quartieren bis hin zu Gemeinden oder überkommunalen Verbänden. Im Vordergrund steht das ortsspezifische Vorgehen und der Umgang mit sehr komplexen Rahmenbedingungen. Viele planerische Entscheidungen erfordern eine klare Positionierung und ein Denken, Planen und Handeln über Einzelpositionen hinaus. Dies kann meist nur gelingen, wenn durch einen gezielten Einbezug der Akteure eine nachhaltige Verankerung erreicht wird.

Der Beitrag «*Kooperative Verfahren zur Siedlungsentwicklung nach innen – auf dem Weg zu einer neuen Planungskultur*» (→ S. 23) von *Ulrike Sturm, André Duss, Alexa Bodammer* und *Lea Aeschlimann* verdeutlicht dies exemplarisch. Er schildert die Ergebnisse des umfangreichen und langfristigen Modellvorhabens «Netzwerk kooperative Umsetzung der Innenentwicklung» (Schweizerisches Bundesmodellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2014–2018). Durch die Revision des schweizerischen Raumplanungsgesetzes 2014 stehen sämtliche Gemeinden vor veränderten Rahmenbedingungen, die die Innenentwicklung klar gegenüber der Entwicklung ausserhalb der bestehenden Siedlungsgrenzen priorisieren. Besonders gefordert sind die Gemeinden dadurch bei Gebietsentwicklungen mit kleinstrukturierten

Eigentümerverhältnissen, die eine Vielzahl an involvierten Anspruchsgruppen nach sich ziehen. Um dem gerecht zu werden, ist ein neues Raumverständnis notwendig, das die Autor/innen als «dynamischen und relationalen Raumbegriff» bezeichnen – dieser umfasst neben dem baulich und materiell Sichtbaren z. B. auch die historischen Zuschreibungen und die erlebte Wahrnehmung des Einzelnen. In der Schilderung eines Fallbeispiels aus dem Projekt wird verdeutlicht, wie diese Herausforderungen angegangen werden können. Die anschliessende kritische Reflexion geht darauf ein, inwieweit sich inzwischen eine neue Planungskultur abzeichnet. Mit der Herausforderung der Innenentwicklung in verschiedenen Gemeinden behandelt der Artikel ein virulentes Thema, dessen Bedeutung weit über die Schweiz hinausreicht.

Patricia Wolf, Sibylla Amstutz, C. Lars Schuchert, Bettina Minder und *Alex Willener* befassen sich in ihrem Beitrag «*Graswurzel-Bewegungen und die unternehmerische Stadt am Beispiel Neubad Luzern*» (→ S. 43) mit der temporären Umnutzung des ehemaligen städtischen Schwimmbadgebäudes Biregg in der Stadt Luzern durch einen dafür gegründeten Verein. Die Stadt als Eigentümerin des Gebäudes hatte sich entschieden, vor dem Abriss eine Zwischennutzung zu ermöglichen und durch weitgehende Freiheit von Auflagen innovative Formen der Nutzung zuzulassen. Derartige Formen der Zwischennutzung waren bislang in Luzern und der Zentralschweiz nicht bekannt und sind daher als planerisches Experiment von grossem Interesse. Der Beitrag fasst eine empirische Untersuchung zusammen, die als qualitative Fallstudie konzipiert ist und über einen mehrjährigen Zeitraum das Umnutzungsprojekt *Neubad* begleitet hat. Der Beitrag bettet die Fallstudie in einen umfassenden theoretischen Rahmen ein, der im Wesentlichen um die Konzepte der *Unternehmerischen Stadt*, des *Spiels* und der *Graswurzel-Bewegung* herum organisiert ist. Die zentrale Forschungsfrage lautet: Wie können Stadt- und Kommunalverwaltungen Graswurzel-Bewegungen fördern, um die Entwicklung einer unternehmerischen Stadt auf spielerische Weise zu fördern?

Schliesslich beschäftigen sich *Bea Durrer Eggerschwiler* und *Barbara Emmenegger* in ihrem Beitrag «Entwicklungsprozesse in Städten und Gemeinden – Möglichkeiten und Grenzen neuer Steuerungsformen» (→ S. 65) mit der Frage, welche Möglichkeiten und Grenzen die sogenannten *neuen Steuerungsformen* auf kommunaler Ebene bieten. Der Text ist ein Erfahrungsbericht aus dem Projekt «Schlieren Südwest», das die Autorinnen in Kooperation mit der Gemeinde Schlieren im Rahmen des Bundesprogramms *Projets Urbains* im Grossraum Zürich durchgeführt haben. Der Beitrag bettet das Projekt in den übergreifenden organisatorischen und politischen Rahmen einer allgemeineren Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen der neuen Steuerungsformen ein. Auch diese Arbeit behandelt somit eine Thematik, die gegenwärtig hohe politische Bedeutung hat und eine wichtige Voraussetzung für eine zukunftsfähige und nachhaltige Planungspraxis darstellt.

EXPEDITION

Der Beitrag «Expedition in einen Zwischenraum: durch die Vorgärten von Zürich und Basel» (→ S. 88) von *Marianne Halter* und *Caspar Schärer* besteht aus zwei Teilen: einem Fotoessay und einem Text. In der Arbeit werden zwei visuell und inhaltlich unterschiedliche Ebenen zusammengeführt: Die Farbfotografien von Marianne Halter sind Momentaufnahmen eines städtischen Phänomens – beleuchtet an verschiedenen Quartieren von Zürich und Basel. Die Aufnahmen sind einerseits ein Zeitdokument sich rasant verändernder Städte, andererseits zeigen sie den subjektiven Blick einer Spaziergängerin, die sich in ihrer künstlerischen Arbeit den Spuren der Menschen im städtischen Raum widmet. Dieser Blick ist nahe am Geschehen, bleibt an Details hängen, um dann Zusammenhänge zwischen den Gebäuden zu erfassen und den Vorgarten im Strassenraum zu lokalisieren – er wandert umher und bleibt dabei immer auf der Augenhöhe des Flaneurs. Die Bilder tauchen in einen Mikrokosmos ein, der im Vorbeihasten leicht übersehen wird. Der Text von Caspar Schärer nimmt dagegen eine andere Perspektive ein, indem er über die Veränderung der Baurechte den gesellschaftlichen Zusammenhang erklärt. Die Untersuchung von Sitzungsprotokollen aus dem Stadtarchiv Zürich zeigt die erstaunlich dynamische Geschichte der Vorgarten-Regulierung auf. Bis in die Gegenwart ist der Vorgarten ein Ort vieler Spannungen geblieben, die sich gelegentlich in Gesetzen entladen.

KAPITEL 2

KOOPERATIVE GEBÄUDESANIERUNG UND ENERGIEPLANUNG

Das zweite Kapitel widmet sich den Energiekooperationen bzw. der kooperativen Gebäudesanierung und Energieplanung. Während die technischen Systeme (Wärme, Strom) für möglichst energieeffiziente Gebäude, Areale und Quartiere bereits sehr weit entwickelt sind, stecken Umsetzungsstrategien für vielfältige Akteurskonstellationen noch in den Kinderschuhen. Sowohl für den Umbau des Bestandes als auch für die Neuentwicklung von Arealen hat sich dafür das Prinzip der Vernetzung bewährt.

Der Beitrag «Luzerner Toolbox zur Entwicklung von Langzeitstrategien im Stockwerkeigentum» (→ S. 131) von *Melanie Lienhard*, *Amelie-Theres Mayer* und *Stefan Bruni* widmet sich der Frage, wie Energieeinsparungen im Stockwerkeigentum zu erreichen sind und welche Hemmnisse einer zukunftsfähigen Erneuerungsstrategie auf breiter Front entgegenstehen. Im Zentrum des Beitrags steht die Darstellung mehrerer aufeinander aufbauender Forschungs- und Entwicklungsprojekte an der Hochschule Luzern, die sich unterschiedlichen Aspekten dieser Fragestellung widmen. Besonderen Raum nimmt die von den Autor/innen entwickelte, aus acht Teilen bestehende sogenannte «Luzerner Toolbox» ein. Die Projekte werden im Zusammenhang vorgestellt und bilanziert: Welche Erkenntnisse konnten bislang gewonnen werden und welche Fragen sind weiter offen? Was ist zukünftig zu klären? Da es sich um ein anwendungsorientiertes Projekt mit starkem Praxisbezug handelt, dessen Ergebnisse potenziell grosse Auswirkungen auf die Entwicklung und Betreuung des Gebäudebestands haben, wird die Diskussion immer wieder auf die Schnittstellen zu den verschiedenen Entscheidungs- und Handlungsebenen ausgerichtet. Die offensive Thematisierung der fachübergreifenden Zusammenarbeit verdeutlicht die Bedeutung der interdisziplinären Herangehensweise.

Alexa Bodammer, *Sonja Geier*, *Uli Matthias Herres*, *Ulrike Sturm*, *Frank Keikut*, *Joachim Ködel*, *Barbara Rosenberg* und *Gianrico Settembrini* schildern in ihrem Beitrag «Holzbausanierung + Erneuerbare Energien – ein kooperatives Vorgehen am Beispiel eines Bergdorfes» (→ S. 154) ein Projekt in Rigi Kaltbad oberhalb des Vierwaldstättersees, bei dem es darum ging, eine Berggemeinde dabei zu beraten, wie sie die anstehenden Schritte einer umfassenden energetischen Sanierung ortsbildverträglich initiieren und durchführen kann. Die besondere Herausforderung lag darin, die historischen Holzbauten,

die das Stadtbild prägen, in ihrem äusseren Erscheinungsbild zu erhalten bzw. zu stärken. In einer Serie von dialogischen Veranstaltungen zwischen Gemeindeverwaltung und den verschiedenen Eigentümer/innen und Nutzer/innengruppen wurden zunächst die Voraussetzungen für die Sanierung und die individuellen Bedürfnislagen erhoben und analysiert. Auf dieser Grundlage wurden in Kooperation mit den betroffenen Akteuren unterschiedliche Sanierungsstrategien sowie Vernetzungskonzepte für die künftige Energieversorgung ausgearbeitet.

EXKURS

Der Beitrag «[Interdisziplinarität in der Lehre am Beispiel der Hochschule Luzern](#)» (→ S. 172) von *Melanie Lienhard* zeigt, in welchen Formen und mit welcher Intensität an der Hochschule Luzern Interdisziplinarität in der Lehre praktiziert wird. Da Interdisziplinarität ein wichtiges Ziel sowohl der Forschungs- als auch der Lehraktivitäten an der Hochschule Luzern ist und einen wichtigen Teil der Mission der Hochschule bildet, lohnt es sich, einen genauen und empirisch fundierten Blick darauf zu werfen, wie dieses Leitbild aktuell umgesetzt wird. Der Beitrag nimmt thematisch innerhalb des vorwiegend auf Forschung und Entwicklung fokussierten Sammelbandes eine Sonderstellung ein, stellt jedoch als empirische Erhebung auch selbst ein Stück Forschung dar. Im Hinblick auf die Tatsache, dass Forschung und Lehre an der Hochschule zusammen gedacht werden und voneinander profitieren sollen, greift der Beitrag eine zentrale Fragestellung auf, welche die Hochschule auch in Zukunft weiter begleiten wird.

KAPITEL 3

SOZIALER WANDEL UND LEBENSGESTALTUNG

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit dem Themenfeld des sozialen Wandels und dessen Auswirkungen auf die konkrete Lebensgestaltung der Menschen. Der demografische Wandel erfordert neue Strategien im Umgang mit der sich verändernden Bevölkerungsstruktur. Institutionelle und familiäre Strukturen werden künftig weitaus mehr als heute durch alternative Formen des Engagements ergänzt werden. Dies betrifft sowohl ältere und sehr alte Menschen als auch jüngere Familien und neue Haushaltsformen. Die Organisation gemeinsamer Lebensgestaltung kann dabei zwischen verschiedenen Personengruppen erfolgen und durch technische und organisatorische Innovationen begünstigt werden.

Lidewij Tummers' text «[Co-housing design – new qualities through new housing collaborations?](#)» (→ S. 193) aims at an overview of the contemporary trend in Co-Housing – an umbrella-term for resident-led housing initiatives –, which can be considered an important recent development in many European housing markets. The author presents data from a comparative study of Dutch and Swiss projects, trying to shed further light on general and specific aspects of such projects. Co-housing advocates inclusiveness and sustainability and points the way to new models of design as well as of co-creation processes. The Netherlands can be seen as an early pioneer of co-housing and Switzerland as forerunner in the field of housing cooperatives. The contribution explores the spatial criteria used to match the co-housing ideals, and compares the practices in the two countries, as well as attempts to transfer the experiences to mainstream housing. The case studies show that this can lead to high-quality housing, particularly if institutions, professionals and residents operate on the same key-values. In both countries, grass-root initiatives are increasingly recognised as important urban development partners, however essential institutional collaboration and supportive infrastructure differ. The article promotes co-housing as an alternative to conventional forms of housing, as it offers several advantages and is in accordance with values that are generally held in great esteem such as cooperation, active communication and the will to share.

Sibylla Amstutz, Katia Delbiaggio und Gabrielle Wanzenried stellen in ihrem Text «[Wohnflächenverbrauch und Grundrissgestaltung – eine angebotsseitige Betrachtung](#)» (→ S. 218) eine empirische Studie vor, in der anhand eines grösseren Wohnbauprojektes in Basel der Frage nachgegangen wird, in welcher Weise die Wohnfläche bzw. deren Inanspruchnahme und bestimmte Merkmale der Grundrissgestaltung von Wohnungen zusammenhängen. Die Studie wird eingeführt durch eine Betrachtung zum gegenwärtigen Problem der weiter wachsenden Pro-Kopf-Wohnfläche, die in einem dicht bebauten Land wie der Schweiz verschiedene unerwünschte Nebeneffekte wie Flächenverbrauch, Bodenversiegelung oder erhöhten Energieverbrauch hat. Politisch und stadtplanerisch ist es daher erwünscht, mittelfristig dieses Wachstum – das trotz der weiterhin steigenden Immobilienpreise anhält – abzdämpfen oder gar in eine Reduktion umzuwandeln. Doch wie kann das gelingen? Benötigt werden Wohnungen, deren wahrgenommene Qualität sich von der reinen Fläche entkoppelt. Oder einfach ausgedrückt: Wohnungen, die bei kleinerer Bruttogeschossfläche gleichermassen als attraktiv

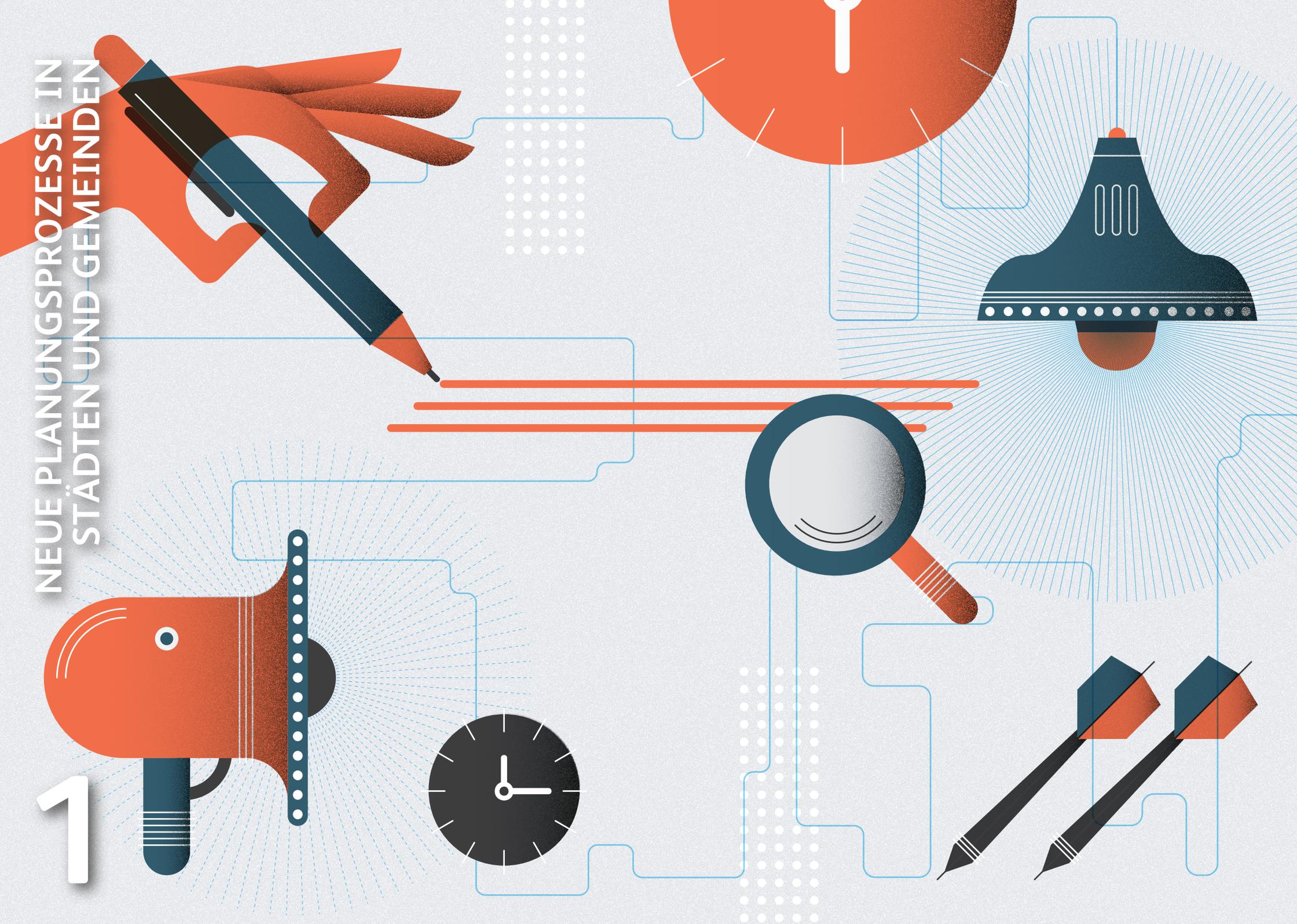
wahrgenommen werden und eine Nutzung durch mehrere Personen ermöglichen. Die Vermutung, dass sich diese Attraktivitätssteigerung an objektiven Grundrissmerkmalen festmachen lässt, liegt nahe. Ein Zusammenhang solcher Merkmale mit der erforderlichen Gesamtgrösse der Wohnung ist das, was die Autorinnen den «angebotsseitigen Zusammenhang zwischen Wohnflächenverbrauch und Grundrissgestaltung» nennen. Die *nachfrage-seitigen* Zusammenhangsaspekte, wie die subjektive Wahrnehmung der Passung zwischen eigenen Bedürfnissen und Wohnungseigenschaften, werden als Desiderat für die zukünftige Forschung diskutiert.

Alexey Andrushevich, Martin Biallas, Simone Gretler Heusser, Rolf Kistler und Clemens Nieke geben in ihrem Beitrag «Assistenzsysteme und Technologien – Unterstützung im sozialen Wandel» (→ S. 243) einen Überblick über aktuelle Themen und Entwicklungen im Bereich von Ambient-Assisted-Living-Technologien (AAL). Die Autor/innen loten aus, wie diese Systeme den sozialen Wandel unterstützen können bzw. wie mit ihrer Hilfe besser auf soziale Wandlungsprozesse reagiert werden kann. Im Zentrum steht die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer und, daraus resultierend, der demografische Wandel hin zu einem erheblich höheren Anteil älterer und alter Menschen an der Gesellschaft. Des Weiteren werden aber auch gesellschaftliche Veränderungen der Ansprüche an ein gutes Leben und der Lebensführung sowie des Kommunikations- und Freizeitverhaltens diskutiert. Diese komplexe Ausgangslage wird in Zusammenhang mit der derzeit bereits möglichen und auf die Zukunft projizierten technologischen Ausstattung im Gebäudebereich gebracht. Die Hauptthese des Beitrags ist, dass diese Entwicklungen nur interdisziplinär zu bewältigen sind, da von Anfang an technologische, wirtschaftliche, psychologische, soziale und ökonomische Gesichtspunkte zusammen gedacht werden müssen.

Mit dem Jahr 2018 wird der Interdisziplinäre Schwerpunkt Kooperation Bau und Raum in den breiter aufgestellten Interdisziplinären Themencluster Raum & Gesellschaft überführt. Die Hochschule Luzern beschreitet damit den eingeschlagenen Weg der gezielten Förderung interdisziplinärer Zusammenarbeit konsequent weiter. Im Rückblick hat sich die Phase der Interdisziplinären Schwerpunkte als ein erfolgreiches Gemeinschaftsunternehmen erwiesen. Neben viel Arbeit hat es auch viel Freude bereitet, mit einer derart vielfältigen Kolleg/innenschaft eine solch grosse Themenvielfalt bearbeiten zu können und dabei Ungewohntes und Überraschendes voneinander zu lernen. Wir freuen uns, zum Abschluss der Interdisziplinären Schwerpunkte ein Buch vorlegen zu können, das die wichtigen Ergebnisse der interessierten Öffentlichkeit zugänglich macht. Möge es zugleich Auftakt und Ansporn sein für weitere intensive Forschungs- und Praxisarbeit und die Förderung interdisziplinären Arbeitens in Lehre und Weiterbildung im Rahmen der Interdisziplinären Themencluster der Hochschule Luzern.

NEUE PLANUNGSPROZESSE IN STÄDTEN UND GEMEINDEN

1





Seit der Änderung des Raumplanungsgesetzes 2014 hat sich in der schweizerischen Raumentwicklung ein eigentlicher Paradigmenwechsel von der Aussen- zur Innenentwicklung vollzogen. Die Festlegung neuer gesetzlicher und strategischer Rahmenbedingungen und diverse staatliche Unterstützungsprogramme stiessen die Umsetzung an.

Viele Baustellen zeugen inzwischen davon, dass die Innenentwicklung vorankommt und zunehmend in bestehenden Quartieren gebaut wird. Dennoch sind nach wie vor grosse Herausforderungen zu bewältigen: Gefordert ist die Privatwirtschaft, noch stärker disziplinenübergreifend zu arbeiten; gefordert sind die Behörden aller Ebenen, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzuführen, Verantwortung zu übernehmen und bei der Umsetzung genau hinzuschauen. Innenentwicklung in unmittelbarer Nachbarschaft setzt Verständnis und Akzeptanz in der Gesellschaft voraus. Entscheidend für die bereits ansässige Bevölkerung ist die Qualität des neu entstehenden Lebensraums.

Damit der Paradigmenwechsel zur Innenentwicklung langfristig gelingt, müssen die Fragen der Gesellschaft mit konkreten, positiven Beispielen beantwortet werden. Die Intensivierung des Dialogs zwischen allen Akteuren kann hierfür einen wichtigen Beitrag leisten: zur Schaffung von zusätzlichem Know-how, zur Nutzung von Synergien und nicht zuletzt für den Wissenstransfer.

KOOPERATIVE VERFAHREN ZUR SIEDLUNGSENTWICKLUNG NACH INNEN

Auf dem Weg zu einer neuen Planungskultur

Ulrike Sturm, André Duss,
Alexa Bodammer, Lea Aeschlimann

Erste Teilrevision des schweizerischen Raumplanungsgesetzes und Siedlungs- entwicklung nach innen

Mit der ersten Teilrevision des schweizerischen Raumplanungsgesetzes (RPG), die am 1. Mai 2014 in Kraft getreten ist,¹ sind Gemeinden zu einem sparsameren Umgang mit der Ressource Boden und damit zur *Siedlungsentwicklung nach innen* aufgefordert. Den Anlass dazu gab ein anhaltendes Bevölkerungswachstum sowie der kontinuierlich ansteigende Pro-Kopf-Verbrauch an Siedlungsfläche.² Das revidierte Raumplanungsgesetz schreibt vor, dass Gemeinden im bereits eingezonten Gebiet die Reserven ausschöpfen müssen, bevor sie neue Bauzonen ausweisen. Damit soll die weitere Zersiedelung der Landschaft eingedämmt werden. Bei den Nutzungsreserven kann es sich um noch unbebaute Grundstücke oder um

Baulücken handeln, aber auch um bereits bebaute Quartiere, bei denen rechtlich eine höhere Ausnutzung möglich wäre. Die durch die Teilrevision des RPG geschaffenen Möglichkeiten, den beständigen Zuwachs an Siedlungsfläche, der die Entwicklung weltweit prägt, einzuschränken, gehen über jene in anderen europäischen Ländern, die dieses Ziel in ihren raumplanerischen Strategien ebenfalls verankert haben,³ weit hinaus und bedeuten auch für die Schweiz einen Paradigmenwechsel im Umgang mit der Ressource Boden.⁴

Gemeinden stossen bei der *Siedlungsentwicklung nach innen* auf komplexe baulich-räumliche und akteursbezogene Herausforderungen. Private und institutionelle Eigentümer haben ihre eigenen Vorstellungen davon, was auf ihren Grundstücken und in ihrer Nachbarschaft geschehen soll. Mit einer Planung über die Köpfe der Betroffenen hinweg sind Einsprachen und Unstimmigkeiten vorprogrammiert, wenn später tatsächlich gebaut werden soll. Dies bedeutet unter anderem, dass Gemeinden in Zukunft eine aktivere Rolle bei der Planung der Bodennutzung wahrnehmen müssen. Es bedarf einer vorausschauenden Diskussion mit verschiedenen Akteur/innen, mit der betroffenen Eigentümerschaft und mit der Bevölkerung darüber, welche Nutzungen in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren für

- 1 www.aren.admin.ch/aren/de/home/raumentwicklung-und-raumplanung/raumplanungsrecht/revision-des-raumplanungsgesetzes--rpg-/rpg1.html [Aufgerufen am 20.01.2018]
- 2 In der Schweiz ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Siedlungsfläche seit Anfang der 1980er-Jahre um mehr als 20 m² gestiegen. Knapp die Hälfte davon, rund 200 m², entfällt auf Gebäudeareale. www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/bodennutzung-bedeckung/siedlungsflaechen/einwohner.html [Aufgerufen am 20.01.2018]
- 3 Siehe z. B. das deutsche Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, § 2, Absatz 2,2: «Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten.» und Absatz 2,6: «Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist zu vermindern, insbesondere durch die vorrangige Ausschöpfung der Potenziale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Massnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden sowie zur Entwicklung vorhandener Verkehrsflächen.» www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/rog_2008/gesamt.pdf [Aufgerufen am 20.01.2018]
- 4 Die Umsetzung wird mithilfe der kantonalen Richtpläne sichergestellt. Siehe www.aren.admin.ch/aren/de/home/raumentwicklung-und-raumplanung/strategie-und-planung/kantonale-richtplaene.html [Aufgerufen am 20.01.2018]
- 5 Siehe hierzu beispielsweise die «Arbeitshilfe Siedlungsentwicklung nach innen» (2013) sowie die «Arbeitshilfe kommunales Siedlungsleitbild» (2016) der Dienststelle Raum und Wirtschaft des Kantons Luzern.
- 6 Siehe www.rawi.lu.ch/themen/siedlungsentwicklung/Netzwerk_Innenentwicklung [Aufgerufen am 20.01.2018]

das gewünschte Gemeindegewachstum (Bevölkerung und Arbeitsplätze) benötigt werden, und wo diese im Gemeindegebiet verwirklicht werden sollen. Dadurch kommen mehr Akteur/innen, die auf die Entscheidungsfindung Einfluss nehmen, ins Spiel. Aus dieser Konstellation folgt, dass soziokulturelle Dimensionen bei ortsplanerischen Prozessen eine grössere Rolle spielen und zunehmend Partizipationswissen gefragt ist.

Während es für die Erarbeitung von Innenentwicklungsstrategien inzwischen unterstützende Instrumente gibt, die teils von kantonalen Stellen ausgearbeitet und bereitgestellt wurden (siehe Kanton Luzern 2013 und 2016),⁵ stossen die Gemeinden aufgrund mangelnder Ressourcen bei der Umsetzung der Strategien häufig an ihre Grenzen. Die Hochschule Luzern hat deshalb im Projekt «Netzwerk kooperative Umsetzung der Innenentwicklung» in Zusammenarbeit mit der Dienststelle Raum und Wirtschaft des Kantons Luzern und dem Amt für Raumplanung des Kantons Basel-Landschaft ein Vorgehen für strategisch wichtige Quartierentwicklungen innerhalb des bestehenden Siedlungsgebiets erarbeitet. Gefördert wurde das Projekt durch das Bundesprogramm «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2014–18» vom Bundesamt für Landwirtschaft BLW.⁶ Das Projekt fokussierte auf den Prozess zwischen der strategischen Entscheidung der Gemeinde, ein bestimmtes Gebiet zu verdichten, und den planungsrechtlichen Festlegungen, die eine konkrete Umsetzung ermöglichen. Im Rah-

men des Projekts wurden Prozesse und Instrumente entwickelt, die dabei helfen, die Hürden auf dem Weg zur Umsetzung der Siedlungsentwicklung nach innen in strategisch wichtigen Quartieren und Schlüsselarealen zu überwinden.

Strategiegeleitete Innenentwicklung – das Siedlungsleitbild als zentrales Steuerungsinstrument

Die *Siedlungsentwicklung nach innen* ist eine Daueraufgabe für die Gemeinden und unterscheidet sich vom bisherigen Vorgehen in der Nutzungsplanung.⁷ Zentrales Instrument einer strategiegeleiteten Innenentwicklung der Gemeinde ist das Siedlungsleitbild. Wurde das Siedlungsleitbild bis anhin meist als Instrument zur Steuerung von Einzonungen genutzt, die anschliessend durch eine umfassende Gesamtrevision der Ortsplanung Rechtsgültigkeit erlangten, wird es im Rahmen des veränderten planerischen Vorgehens zum zentralen Steuerungsinstrument. Das Siedlungsleitbild umfasst neben den Leitsätzen zu übergeordneten Entwicklungsabsichten auch einen Umsetzungsplan und eine Umsetzungsagenda (siehe z. B. Kanton Luzern 2013 und 2016). Die Bedeutung einzelner Gebiete sowie die Rahmenbedingungen für die Gebietsentwicklungen werden festgelegt, die konkreten Standorte der Siedlungsentwicklung mit der jeweiligen Strategie sowie der Handlungsbedarf seitens der Gemeinde konkret dargelegt.

Bei der konkreten Gebietsentwicklung kommen der Gemeinde verschiedene Rollen zu: sie kann entweder Entwicklungsprozesse im Lead anstossen oder sie kann die Entwicklungsprozesse begleiten, wenn der Anstoss beispielsweise von der Eigentümerschaft kommt. Zudem ist sie immer die letzte Prüf- und Bewilligungsinstanz (siehe Abbildung 1).⁸

Bei der konkreten Umsetzung von gebietsspezifischen Entwicklungsprozessen sind, je nach Ausgangslage und Rolle der Gemeinde, verschiedene Wege möglich. Es stehen formelle und informelle Planungsinstrumente zur Verfügung, die je nach Kanton unterschiedlich festgelegt sind. Abbildung 2 zeigt einige der grundlegenden Planungsinstrumente im Kanton Luzern. Bei formellen Planungsprozessen sind partizipative Elemente gemäss kantonalen Vorgaben verpflichtend einzubinden. Die Einzelheiten hierzu regeln die jeweiligen Planungs- und Baugesetze der Kantone sowie die zugehörigen Verordnungen.⁹

7 Unter anderem geht es darum, die Baulandverfügbarkeit, beispielsweise mit Bauzonenmanagement zu verbessern (siehe hierzu das Merkblatt «Baulandverfügbarkeit» der Dienststelle Raum und Wirtschaft des Kantons Luzern), Netzwerke mit den Stakeholdern, insbesondere den Grundeigentümer/innen zu pflegen und Gebietsentwicklungen auf Schlüsselarealen zu initiieren. Anstelle einer generellen Ortsplanungsrevision erfolgen vermehrt standortbezogene und arealspezifische Teilrevisionen mit Pflicht zu Sondernutzungsplanungen.

8 Je nach Rolle in den konkreten Gebietsentwicklungen ergeben sich unterschiedliche Aufgaben für die Gemeinde:

Gemeinde im Lead: Gebietsspezifische Entwicklungsprozesse, bei denen die Gemeinde den Lead übernehmen sollte, betreffen insbesondere Schlüsselgebiete oder -areale wie beispielsweise Zentrumsgebiete, aber auch weitere Gebiete, deren Entwicklung für die Gemeinde zentral ist, wenn diese diverse öffentliche Interessen wie beispielsweise Verkehr, Freiraum, sozialräumliche Entwicklung, Ortsbildqualitäten oder grundsätzliche Entwicklungsmöglichkeiten tangieren. Hierbei geht es darum, die Siedlungsentwicklung anzustossen und zu unterstützen, Entwicklungshemmnisse wie beispielsweise eine kleinstrukturierte Eigentümerstruktur abzubauen und den *Perimeter der Willigen* zu erkennen. Als Grundlage dafür dient der Gemeinde das Siedlungsleitbild, in welchem die entsprechenden Schlüsselgebiete und das Rollenverständnis der Gemeinde behördenverbindlich festgehalten sind.

Begleitung durch Gemeinde: Eine Begleitung der Gebietsentwicklung ist, unabhängig davon, ob die Initiative von der Gemeinde oder von einzelnen Eigentümerschaften ausgeht, immer dann notwendig, wenn durch die Gebietsentwicklung übergeordnete Interessen berührt werden. Die Gemeinde hat dann die Aufgabe, diese Interessen im Prozess einzufordern, damit sie entsprechend im Planungsinstrument (im Kanton Luzern wäre dies der Bebauungsplan) festgehalten werden können.

Gemeinde als Prüf- und Bewilligungsinstanz: Eine reine Prüfung und Bewilligung genügt für weitere Gebiete, bei denen allgemeine Qualitätsansprüche beispielsweise mittels Gestaltungsplan gesichert werden können.

9 www.baurecht.lu.ch [Aufgerufen am 20.01.2018]

Formelle Planungsinstrumente sind behörden- bzw. grundeigentümergebunden. Beispiele für formelle Planungsinstrumente mit klar geregelten Verbindlichkeiten für Behörden und/oder Eigentümerschaft sind die Rahmennutzungsplanung (Bauzonenordnung und Zonenplan) sowie Sondernutzungspläne (im Kanton Luzern Bebauungs- und Gestaltungspläne). Informelle Planungsinstrumente wie städtebauliche Entwicklungskonzepte oder Masterpläne besitzen zunächst nur einen orientierenden Charakter, können aber von Gemeinden auch verbindlich politisch verankert werden.

Die aktive Bodenpolitik oder konkrete Bebauungskonzepte können zu unterschiedlichen Verbindlichkeiten führen. Neuerdings werden beispielsweise vermehrt Planungsvereinbarungen als gegenseitige Absichtserklärung von Gemeinde und Privaten, einen Entwicklungsprozess gemeinsam voranzutreiben, geschlossen.

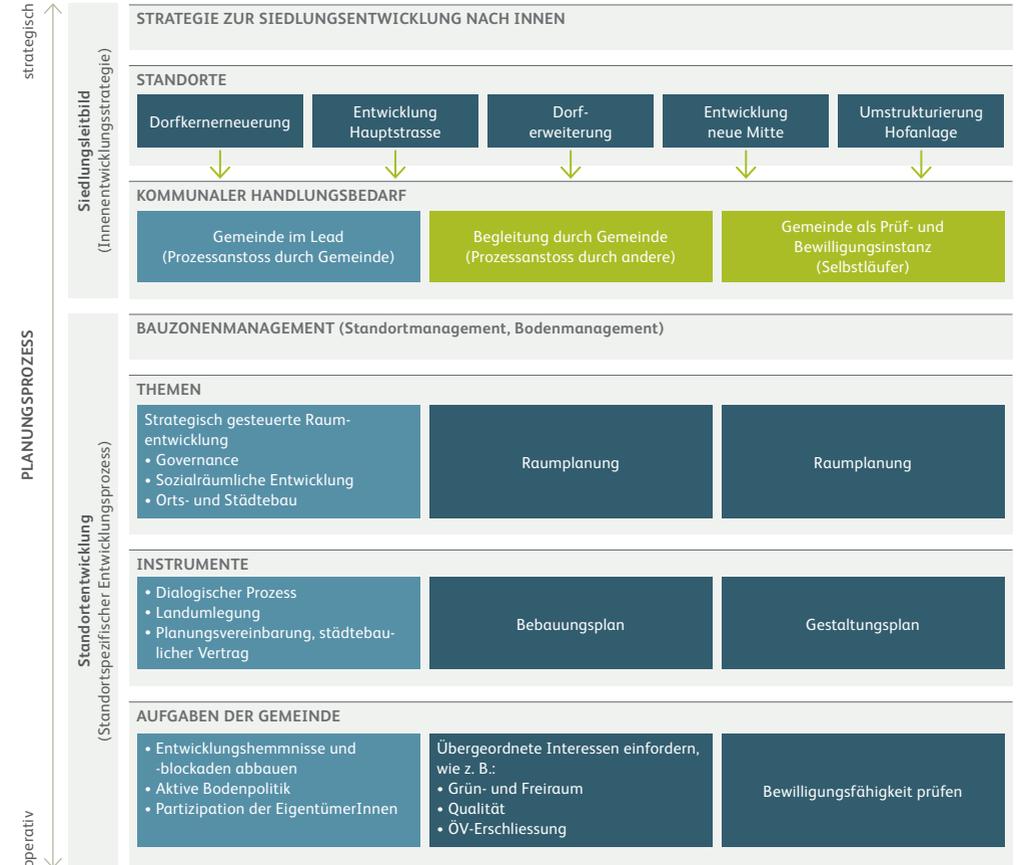


Abb. 1: Neuer Planungsprozess in der Innenentwicklung. Quelle: Kanton Luzern, www.rawi.lu.ch/themen/siedlungsentwicklung/Netzwerk_Innenentwicklung/Realisierung_von_Innenentwicklung.



Abb. 2: Formelle und informelle Planungsinstrumente in der Innenentwicklung. Quelle: Kanton Luzern (2013).

«Netzwerk kooperative Umsetzung der Innenentwicklung» – kooperative Planungen bei kleinstrukturierten Eigentümerverhältnissen

Die Umsetzung der Strategien, wie sie im Siedlungsleitbild formuliert werden, und ihre Überführung in passende formelle oder informelle Planungsinstrumente stösst immer wieder auf Schwierigkeiten, die beispielsweise durch komplizierte Eigentumsverhältnisse oder unterschiedliche Änderungsmotivationen seitens Gemeinde und Eigentümerschaft ausgelöst werden können. Dies kann bei Entwicklungsprozessen zu Verzögerungen bis hin zur Ablehnung von Planungsinstrumenten durch spätere Entscheidungsinstanzen führen. Um Mehrfachrunden oder Blockaden – und die damit verbundenen Kosten – zu vermeiden, hat das interdisziplinäre Team der Hochschule Luzern¹⁰ im Projekt «Netzwerk kooperative Umsetzung in der Innenentwicklung» ein Vorgehen entwickelt, das den frühzeitigen Einbezug aller Beteiligten sicherstellt und damit die Wahrscheinlichkeit einer breiten Akzeptanz erhöht: Es geht darum, kooperative Entwicklungsprozesse zu initiieren, bei denen Gemeindebehörden und beauftragte Planungsbüros von Beginn an mit der betroffenen Eigentümerschaft zusammenarbeiten. Wesentlich ist hierbei, sowohl bauliche als auch soziokulturelle Dimensionen zu beachten, d. h., die ortsspezifischen Bedingungen zu identifizieren und dabei lokales Wissen und Expertenwissen zu berücksichtigen. In dem interdisziplinären Projekt wurde mithilfe eines gezielten Prozessmanagements und professioneller Moderation ein breit abgestütztes Entwicklungskonzept erarbeitet und damit wurden optimale Voraussetzungen für dessen Umsetzung geschaffen. Hierfür wurden befristete Kooperationen und Partizipationsmethoden, die den formellen Verfahren vorausgehen und die darin vorgesehenen Mitwirkungen erweitern, angewendet.

Projektträger des im Rahmen der «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung 2014–2018»¹¹ von den schweizerischen Bundesämtern für Raumentwicklung und Landwirtschaft geförderten Projekts «Netzwerk kooperative Umsetzung der Innenentwicklung» war die Hochschule Luzern. Neben dieser waren der Kanton Luzern (Dienststelle Raum und Wirtschaft rawi), der Kanton Basel-Landschaft (Amt für Raumplanung arp), die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP-ASPAN), der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) sowie sechs Gemeinden im Kanton Luzern (Ballwil, Emmen, Entlebuch, Schüpfheim, Sempach, Ufhusen) und zwei im Kanton

Basel-Landschaft (Aesch, Oberwil) am Projekt beteiligt.¹²

Das Projekt verfolgte das Ziel, in den acht beteiligten Gemeinden kooperative Umsetzungsprozesse zu initiieren und durchzuführen und anhand dieser Fallstudien neu entwickelte informelle dialogische kooperative Methoden zur Anwendungsreife zu bringen. Dabei ging es darum, situationspezifische, die lokalen Eigenheiten berücksichtigende Umsetzungslösungen für typische und verallgemeinerbare Problemstellungen zu erarbeiten. Ziel war es weiterhin, die daraus resultierenden Erkenntnisse als Handlungsempfehlungen diversen Zielgruppen zugänglich zu machen und die bestehenden Beratungsnetzwerke hierfür zu nutzen respektive auszubauen, um Gemeinden und weitere Schlüsselakteure durch Beratung bei der Innenentwicklung aktiv zu unterstützen.

Das Modellvorhaben «Netzwerk kooperative Umsetzung der Innenentwicklung» wurde in drei chronologisch aufeinanderfolgenden Phasen umgesetzt. In der ersten Phase wurden das Projektmanagement und der Projektbeirat aufgebaut sowie die ersten Teilgebiete und Aufgaben für die acht Fallstudien definiert. In der zentralen Projektphase wurden die einzelnen Fallstudien in den Gemeinden bearbeitet und ausgewertet. Hierdurch wurden die Grundlagen für die Beratung und Unterstützung weiterer Gemeinden mit Entwicklungsabsicht geschaffen und die Ergebnisse für den Wissenstransfer laufend aufbereitet und verschiedenen Zielgruppen zur Diskussion gestellt. In der Abschlussphase des Modell-

¹⁰ Beteiligt waren Fachpersonen aus Architektur, Raumplanung und soziokultureller Animation aus folgenden Instituten: Hochschule Luzern – Technik & Architektur, Kompetenzzentrum für Typologie und Planung in Architektur (CCTP); Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Institut für Soziokulturelle Entwicklung (ISE); Hochschule Luzern – Wirtschaft, Institut für Betriebs- und Regionalökonomie (IBR).

¹¹ Seit 2002 laufen Projekte im Rahmen des Programms «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung». Ziel der Modellvorhaben ist es, neue Ansätze und Methoden in der Raumentwicklung zu entwickeln und auszuprobieren und dadurch «die Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit [zu] verbessern sowie die Solidarität innerhalb und zwischen den Regionen [zu] stärken» (Bundesamt für Raumentwicklung ARE, k.d.). Die Modellvorhaben besitzen Pilotcharakter, die gewonnenen Erkenntnisse dienen dazu, die bestehenden Ansätze und Instrumente der nachhaltigen Raumentwicklung zielgerichtet zu ergänzen. (ibid., k. d.). In der dritten Phase des Programms (2014–2018) wurden fünf Themenschwerpunkte definiert, in deren Rahmen insgesamt 31 Projekte mit einem Volumen von gut 3,7 Mio. CHF gefördert werden.

¹² Projektleitung: Ulrike Sturm, Hochschule Luzern – Technik & Architektur (CCTP); Colette Peter, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit (ISE); Melanie Lienhard, Hochschule Luzern – Wirtschaft (IBR); André Duss, Kanton Luzern, Dienststelle Raum und Wirtschaft; Team (alphabetisch): Lea Aeschlimann, Alexa Bodammer, Matthias Bürgin, Katia Delbiaggio, Bea Durrer Eggerschwiler, Cédric Flüeler, Amelie-Theres Mayer, Simone Meyer, Jörg Schumacher, Peter Stade, Timo Walker. Das Projekt wurde von einem Beirat mit Vertreter/innen folgender Organisationen begleitet: Bundesamt für Raumentwicklung ARE, Bundesamt für Landwirtschaft BLW, Kanton Luzern, Dienststelle Raum und Wirtschaft rawi, Kanton Luzern, Dienststelle Landwirtschaft und Wald lawa, Kanton Basel-Landschaft, Amt für Raumplanung arp, Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN, Verband Luzerner Gemeinden VLG, Gemeinde Ballwil, unabhängiger Planungsexperte, (ab 2015) Regionaler Entwicklungsträger Luzern Plus und (bis 2015) Kanton Luzern Wirtschaftsförderung.

vorhabens wurden die Ergebnisse des Projektes zusammengefasst und einem möglichst breiten Zielpublikum zur Verfügung gestellt. Dabei erfolgte eine Konsolidierung der Unterstützungs- und Beratungstätigkeit über bereits bestehende Netzwerke.

DER REFERENZRAHMEN: EIN DYNAMISCHER UND RELATIONALER RAUMBEGRIFF

Referenzrahmen für die Arbeit des interdisziplinären Teams im Modellvorhaben ist ein dynamischer und relationaler Raumbegriff, der sowohl die gesellschaftlichen und räumlichen Strukturen als auch Menschen und ihre alltäglichen Handlungen als raumkonstituierend versteht. Räume sind demnach nicht per se gegeben, sondern werden prozesshaft und in Beziehung zwischen den handelnden Menschen und den physisch-materiellen Gegebenheiten erschaffen. Johanna Rolshoven greift auf und erweitert die Dimension des *gebauten Raums* durch die zwei Dimensionen *gelebter Raum* und *repräsentierter Raum* (Rolshoven 2012). Auf diesem Verständnis baut der Referenzrahmen des Projektes auf.

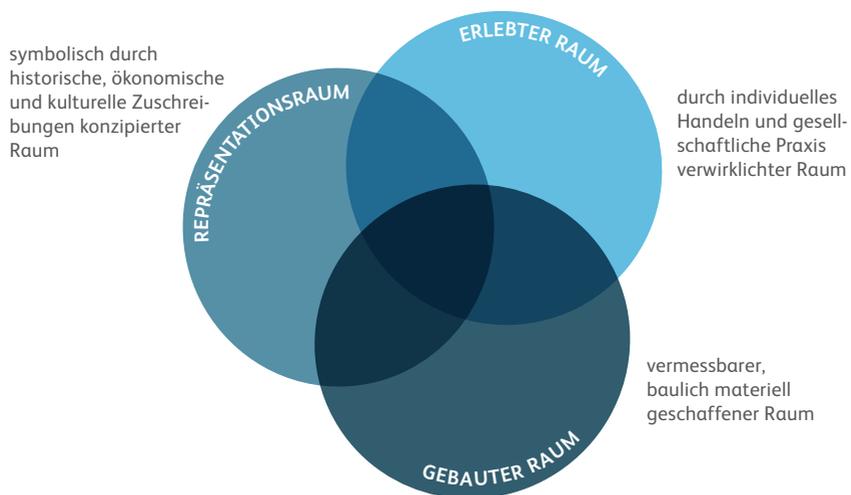


Abb. 3: Das Drei-Dimensionen-Modell des Raums. Quelle: Hochschule Luzern, adaptiert nach Rolshoven.

Dieses Raumverständnis sei am Beispiel eines Dorfplatzes kurz erläutert. Dieser existiert nicht aus sich selbst heraus, sondern er entsteht und wird geformt durch die umliegenden Gebäude, deren Anordnung, weiter durch die Platzgestaltung mit Objekten, wie beispielsweise Brunnen oder Bäumen. Der Platz hat aber auch eine Geschichte und besondere Bedeutung beispielsweise durch Volksabstimmungen oder andere Ereignisse, die dort stattgefunden haben. Es handelt sich um Geschichten, welche die Einwohnenden aus Erzählungen oder eigenem Erleben kennen, und um Menschen, die sich auf dem Dorfplatz aufhalten, ihn jeden Tag nutzen, ihn durchqueren oder dort Bekannten begegnen, oder Kinder, die ihn zum Spielen nutzen.

Ein sozialräumlicher Zugang nimmt die verschiedenen Personen mit ihren unterschiedlichen Zugängen und Handlungen in den Blick: Neben den Einwohnenden sind dies Personen, die den Dorfplatz aus professioneller Sicht bewerten und ihn mit ihren Instrumenten erfassen, so Raumplanungsfachleute mit Nutzungs- und Zonenplänen oder Architekt/innen, die den Raum in Hinblick auf städtebauliche Strukturen oder die Fassadengestaltung der Gebäude erfassen. Die Einwohnenden hingegen nehmen denselben Raum als Nutzende wahr, prägen die Dynamik, indem sie gewisse Angebote annehmen oder aber auch nicht. Nicht zuletzt sind bei der Herstellung des gebauten Raumes die Eigentümerschaften involviert, die Finanzierung wird durch Institutionen oder Investoren begleitet etc.

Erst unter Einbezug dieser verschiedenen Perspektiven und des jeweils spezifischen Wissens der Akteur/innen lässt sich auch ein Planungsraum wie ein Dorfplatz mit allen wirksamen Dimensionen und in seiner Dynamik erfassen. Räumliche Strukturen werden gesellschaftlich produziert und produzieren gleichzeitig die gesellschaftlichen Strukturen mit. Dieser Ansatz gewichtet soziale, planerische, ökonomische oder städtebauliche Aspekte gleich. Die Verknüpfungen und Abhängigkeiten werden berücksichtigt. Raum wird dabei als eine dynamische und relationale Kategorie verstanden, in welcher sich baulich-materielle, individuelle, kulturelle, ökonomische und soziale Aspekte vielschichtig überlagern und ineinander verschränkt sind.

KOOPERATIVE VERFAHREN BEI GEBIETSENTWICKLUNGEN MIT KLEINSTRUKTURIERTEN EIGENTUMSVERHÄLTNISSEN

Das Modellvorhaben setzte in den acht Gemeinden in einer informellen Phase im Übergang vom Siedlungsleitbild zur konkreten Gebietsentwicklung an. Dabei wurde ein neues Verfahren für Quartiere entwickelt und in verschiedenen Varianten getestet, bei denen eine kleinteilig strukturierte und unterschiedlich zusammengesetzte – institutionelle und private – Eigentümerschaft mit unterschiedlichen Interessen betroffen ist. Hier ist das Konflikt- oder auch Blockadepotenzial höher als an anderen Orten. In den Gemeinden Schüpfheim, Ufhusen, Entlebuch, Emmen und Ballwil ging es um das Ortszentrum oder Teile davon, in Sempach und Oberwil um ein Wohnquartier.

Eine situationsbezogene Erstanalyse der Aufgabenstellung, der Anspruchsgruppen und Entscheidungstragenden (Stakeholder/Akteur/innen) sowie der örtlichen Gegebenheiten ging der Konzeption zu einem lokalspezifischen Prozess voraus. Die Ergebnisse wurden über den dialogischen Prozess und ein kooperatives Verfahren erarbeitet und später in – formelle oder informelle – planungsrechtliche Instrumente überführt. Beim Mitwirkungsprozess setzte man zunächst vor allem auf die Eigentümerschaft. Die Bevölkerung wurde erst in den nachfolgenden Prozessen miteinbezogen. So konnte in einer kleinen Gruppe das Projekt fokussiert entwickelt werden. Das Planungsteam bestand jeweils aus einem interdisziplinären Team von Experten, wobei planerische Fachleute sowie Kenner von sozialen Dynamiken eingebunden waren. Planende und Moderierende arbeiteten während des gesamten Prozesses eng zusammen. Am Beispiel der Gemeinde Ballwil wird im Folgenden das konkrete Vorgehen genauer beschrieben.

FALLSTUDIE BALLWIL

AUSGANGSLAGE

Ballwil ist eine im Luzerner Seetal gelegene periurbane Gemeinde mit einem seit Jahrzehnten stark beschleunigten Bevölkerungswachstum: Waren es in den 1970er-Jahren noch 1353, so sind es heute schon 2751 Menschen, die in Ballwil wohnen. Seit 1990 ist die Bevölkerung um 47 Prozent gewachsen.¹³ Neben dem stetigen Wachstum ist auch der zunehmende Durchgangsverkehr, der unter anderem die Zentrumsentwicklung beeinflusst, ein typisches Merkmal von Ballwil. Historisch war das Dorfzentrum – als Bezugspunkt verschiedener Weiler – in Ballwil sehr klein und beschränkte sich auf

eine Strassenkreuzung mit Gasthaus, den angrenzenden Bereich der Kirche und wenige Bauernhöfe. Nach dem Bau der Seetalbahn siedelten sich Zentrumsnutzungen vermehrt entlang der – quer zur Dorfstrasse verlaufenden – Bahnhofstrasse an. Das 2013 erarbeitete Siedlungsleitbild sah die Weiterentwicklung des Zentrums entlang der Dorfstrasse vor.

ROLLE DER GEMEINDE

Ballwil wollte für die Planung der Weiterentwicklung des Dorfsentrums einen neuen Weg einschlagen und wandte sich an die Hochschule Luzern. Beratungsbedarf hinsichtlich des Vorgehens bestand, da die Gemeinde Ballwil auf ihre Offertanfrage für die Erarbeitung eines Masterplans finanziell und verfahrenstechnisch komplett divergierende Vorschläge erhalten hatte. Das Team der Hochschule beriet die Gemeinde im Rahmen des Modellvorhabens bei der Prozessgestaltung und legte einen Vorgehensvorschlag für die Erarbeitung des Instruments Masterplan in Zusammenarbeit mit einem Architektur- und Planungsbüro¹⁴ vor.

Die Gemeinde wählte daraufhin zwei Büros aus, die sich schon an der Offerteingabe beteiligt hatten. Der Vorschlag sah einen informellen kooperativen Prozess der Gemeinde mit der Eigentümerschaft der Zentrumsparzellen vor. Eigentümerschaft und Gemeinde sollten sowohl in die Analyse als auch in die Konzeptentwicklung eingebunden werden. Die Prozessmoderation durch ein interdisziplinäres Team der Hochschule Luzern¹⁵ hatte dabei das Ziel, einen produktiven Austausch von Ideen zwischen der involvierten Eigentümerschaft, der Gemeinde und dem Planungsteam zu ermöglichen.

Von Beginn weg übernahm die Gemeinde eine proaktive Rolle bezüglich der Innenentwicklung im Dorfszentrum. Die für die Abteilung Bau zuständige Gemeinderätin übernahm die Aufgabe, den Prozess anzustossen, die Vorstellungen und den Handlungsspielraum aus Sicht der Gemeinde zu definieren und diesen gegenüber dem Planungsteam wie auch der Eigentümerschaft und der Bevölkerung transparent zu machen. Mit diesem Verständnis übernahm die Gemeinde eine klare inhaltliche Führungsrolle, die im partizipativen Prozess einen Mehrwert sieht und sich als aktive Gestalterin des Planungsprozesses versteht. Während des Prozesses besass die Gemeinde darüber hinaus eine Sondierungsfunktion, wenn Fragen aufkamen. Dies bedeutete beispielsweise,

¹³ www.ballwil.ch

¹⁴ Die Büros hatten im Vorfeld bereits eine Offerte eingereicht.

¹⁵ Architektur, Raumplanung und Sozialwissenschaften

Schritten von verschiedenen Akteuren entschieden wird (Gemeinde, private Eigentümerschaften). Zudem wird die Abhängigkeit der Varianten voneinander aufgezeigt sowie ein Vorschlag für die nächsten Verfahrensschritte gemacht. Der Gemeinderat verabschiedete den Masterplan im Juni 2015.

Der Gemeinderat gab im Anschluss an das Modellvorhaben, wie im Masterplan vorgeschlagen, eine Machbarkeitsstudie für den Umbau der Dorfstrasse als zentralem Element des Masterplans in Auftrag, die am 05.12.2016 der Gemeindeversammlung präsentiert wurde. Dabei konnte nicht genügend vermittelt werden, dass es bei diesem Stand der Arbeit weniger um die Anzahl Parkplätze ging, sondern um eine technische und finanzielle Machbarkeitsüberprüfung. Der Widerstand, insbesondere von *Gewerblern* im Zentrum, war aufgrund der in der Machbarkeitsstudie ausgewiesenen gegenüber heute geringeren Anzahl an Parkplätzen ziemlich gross. Dies hat jedoch nicht zu einer Aufgabe des Projekts geführt. Aktuell werden mit allen direkten Anwohnern Gespräche geführt. Ziel ist es, dass nach Abschluss der Ortsplanungsrevision im Frühling 2018 ein Bebauungsplan über das Gebiet der Machbarkeitsstudie erarbeitet werden kann, der die bisherige Planung rechtlich sichert. Die Umsetzung wird etappiert erfolgen. Hierfür werden ein Planungskredit und ein Baukredit beantragt.

ERFOLGSFAKTOREN UND STOLPERSTEINE

Als erfolgreich erwies sich bei der Erarbeitung des «Masterplan light» die Berücksichtigung der *lokalen Eigenlogik*. Dazu gehörte es, die je individuelle Sichtweise der beteiligten Eigentümerschaft auf das Dorfzentrum und deren Visionen im Verfahren und für die Lösungsvorschläge zu integrieren. Zur Eigenlogik gehörte weiter, sich die Bedeutung und Geschichte historischer Gebäude im Zentrum für die Einwohnenden und die öffentliche Hand zu vergegenwärtigen. Diese Ergebnisse stellten eine Ergänzung zur ortsbaulichen Analyse der beteiligten Professionellen (Architekturbüro, Planungsbüro, Hochschule Luzern) dar, deren Resultate ebenfalls an den Veranstaltungen diskutiert wurden. Das Erarbeiten einer gemeinsamen Problemwahrnehmung aus verschiedenen Perspektiven und damit das Finden gemeinsamer Grundhaltungen für die zukünftige Entwicklung stellte einen ersten Konsens her. Spätere Meinungsunterschiede und Konflikte wurden vor diesem Hintergrund weniger bedrohlich, weil unter den Beteiligten nun eine tragfähige Basis bestand, die das gegenseitige Vertrauen stärkte.

Weiter hat sich bewährt, den Prozess in ein neues Gremium einzubetten, welches befristet ins Leben gerufen wurde, wie das bei der erwähnten Begleitgruppe der Fall war. Die Eigentümerschaft hatte dadurch kompetente Ansprechpartner, die in Bezug auf ihre Interessen den Blick für das Ganze einnahmen und ihnen den Handlungsspielraum aufzeigen konnten. Die externe Begleitung durch das interdisziplinär zusammengesetzte Team der Hochschule Luzern gewährleistete, dass eine neutrale Instanz zwischen den Beteiligten vermittelte und dass alle Sichtweisen laufend integriert wurden.

Einen wichtigen Beitrag leisteten die beiden beteiligten Architektur- und Planungsbüros, indem sie im Verlauf des Prozesses ihre Rolle neu definierten: Statt allein auf den eigenen professionellen Blick zu vertrauen, zeigten sie sich offen für das lokale Wissen, das in den dialogischen Prozess eingebracht wurde. Eine derartige Haltung ermöglichte es, dass im Verlauf des Prozesses neue, für die Situation in Ballwil spezifisch geeignete Methoden entwickelt und angewandt werden konnten.¹⁷ Damit zeichnet sich der Masterplan in Ballwil als Produkt eines intensiven Dialogs zwischen Gemeinde, professionell Planenden und betroffener Eigentümerschaft aus. Die breite inhaltliche Abstützung des Produkts vermochte somit später auch die interessierte Bevölkerung zu überzeugen.

Neben diesen Erfolgsfaktoren gibt es jedoch einige Stolpersteine. Trotz sorgfältiger Abstimmung mit den formellen Verfahren kann der «Masterplan light» letztlich in der Schublade verschwinden, da dieser nicht behördenverbindlich ist und nur eines von mehreren Instrumenten für die erwünschte und zukünftige Entwicklung des Dorfzentrums darstellt. Ein Wechsel bei der beteiligten Eigentümerschaft oder im Gemeinderat könnte die Umsetzung des «Masterplan light» verhindern oder verzögern. Auch kann die Weiterverfolgung der Ziele des Masterplans zum Erliegen kommen, wenn die Ortsplanungsrevision mit den notwendigen Umzonungen scheitert, die rechtliche Absicherung der Machbarkeitsstudie nicht gelingt oder die notwendigen Planungs- und Baukredite von der Bevölkerung nicht gesprochen werden.

Eine erste Hürde stellte die Vorstellung der Machbarkeitsstudie bei der Gemeindeversammlung dar, bei der sich an einem Punkt Widerstand bildete, der auf dieser Stufe noch nicht im Zentrum der Diskussion oder zur Entscheidung stand. Der Gemeinderat hat hier den eingeschlagene-

¹⁷ So die vom Team der Hochschule und dem Planteam S, Luzern, entwickelte Entwicklungsbbox, die ein auf den Grundhaltungen modulares Handlungskonzept darstellt und das Kernstück des Masterplans bildet.

nen Weg weiterverfolgt: Der Dialog zwischen Gemeinde und der Eigentümerschaft wird konsequent auch in Zukunft weitergeführt. Dabei kann sich die Gemeinde auf das im kooperativen Verfahren des Modellvorhabens aufgebaute Vertrauen stützen.

Kritische Reflexion zum «Netzwerk Innenentwicklung»

Wie in Ballwil sind in den anderen sieben Gemeinden die Entwicklungsprozesse im Anschluss an das Modellvorhaben in die nächste Phase getreten. Die Blockaden konnten somit gelöst und der weitere Planungsprozess konnte in Gang gesetzt werden. Als vorläufiges Fazit lässt sich festhalten, dass sich das im Rahmen des Modellvorhabens entwickelte Verfahren bewährt hat. Es liefert die Bausteine für kooperative Prozesse und dient der Auflösung – oder auch Vermeidung – von Entwicklungsblockaden für strategisch wichtige Quartiere mit einer kleinteiligen Eigentümerstruktur. Lokale Eigenheiten und Möglichkeiten werden dabei berücksichtigt.

Der letzte Abschnitt dient einer kritischen Reflexion des Forschungs- und Entwicklungsprozesses selbst und versucht, auf folgende Fragen Antworten zu geben:

- Wie konnte das kooperative Verfahren generalisiert werden, um auf andere Gemeinden übertragbar zu sein?
- Wie lässt sich das Projekt hinsichtlich Inter- respektive Transdisziplinarität einordnen?
- Wie wurden die Fallstudien ausgewertet?
- Inwieweit konnte das Modellvorhaben «Netzwerk kooperative Umsetzung der Innenentwicklung» zu einer neuen Planungskultur beitragen?

ÜBERTRAGBARKEIT

Die Prozessgestaltung mit frühem Einbezug der Eigentümerschaft als Schlüsselakteure ist in den Fallstudiengemeinden erfolgreich umgesetzt, ausgewertet und für einen typischen Anwendungsfall systematisiert worden. Aus der Arbeit in den acht Gemeinden ist ein generalisiertes Vorgehensmodell entwickelt worden, das sich auf folgende Aufgabenstellung bezieht: Zur Auflösung von Entwicklungshemmnissen bei strategisch wichtigen Entwicklungsgebieten der Gemeinde werden dialogische Prozesse in den Gemeinden mit der betroffenen Eigentümerschaft initiiert, welche eine kooperative Konzeption von Entwicklungsoptionen zum Ziel haben. Der dialogische Prozess

mündet in ein konsolidiertes Entwicklungskonzept, das in ein formalisiertes Verfahren oder in informelle Instrumente überführt wird.

Hierfür muss zunächst der Auftrag mit allen Involvierten und nicht nur aus Sicht der Planung geklärt werden. So wird eine gemeinsame Problemwahrnehmung erarbeitet, welche die Basis für die nächsten Schritte bildet und aus der das Prozessdesign hervorgeht. Zur Steuerung des gesamten Prozesses wird eine transdisziplinäre Begleitgruppe bestimmt, die sich aus Vertreter/innen aus der Gemeinde, dem Gemeinderat, ggf. des Kantons, dem Planungs- und Moderationsteam sowie anderen wichtigen Akteuren zusammensetzt. Die Begleitgruppe formuliert die Arbeitsaufträge an das Planungsteam, sichtet die erarbeiteten Vorschläge und spiegelt diese immer wieder an die Gemeinde als Entscheidungsinstanz zurück.

Die Analyse ist sozialräumlich orientiert und bezieht sich ebenso auf ortsbauliche und planerische wie auf soziale Aspekte. Zu Beginn befragen Fachpersonen der sozialen Arbeit die Eigentümerschaft. Die anschliessend in mehreren Varianten erarbeiteten Konzeptvorschläge durch die Planenden basieren auf der Integration von lokalem Wissen und Expertenwissen. Im Rahmen von ergebnisoffenen Workshops arbeiten Gemeinde, Eigentümerschaft und Planende gemeinsam an der weiteren Konzeptentwicklung und der Konsolidierung der Ergebnisse. Hierfür spielt die genaue Dokumentation der Workshops in den Protokollen eine wichtige Rolle. Die Ergebnisse werden von einer Entscheidungsinstanz (z. B. Gemeinderat oder Gemeindeversammlung) offiziell entgegengenommen. Bei der Zusammenstellung der Ergebnisse ist das Anknüpfen an das bestehende Planungssystem und an externe Vorgaben wichtig. Es müssen Verbindlichkeiten unter den Akteur/innen – Contracting (z. B. durch Planungsvereinbarungen zwischen Privaten und der Gemeinde) – geschaffen und die nächsten Schritte definiert werden.

INTER- UND TRANSDISZIPLINARITÄT

Die spezielle Form der Partizipation, insbesondere der Eigentümerschaft, brachte im Modellvorhaben neue Arbeitsformen für die interdisziplinäre Arbeit von Planenden, Architekten, Spezialisten der Soziokultur u. a. hervor. Es handelte sich dabei um eine fachlich breit gefächerte Projektsteuerung und -begleitung, die durch eine interdisziplinäre Zusammensetzung des Projektteams (Planungs- und Moderationsexpert/innen) erreicht werden konnte. Dabei spielte für die jeweiligen Fachpersonen der Aufbau eines Grundver-

ständnisses für die anderen Disziplinen eine entscheidende Rolle. Dieser erfolgte kontinuierlich während des gesamten Projekts in den vom jeweiligen Fallstudienteam (Hochschulangehörige und externe Büros) verantworteten Vor- und Nachbereitungen der einzelnen Workshops sowie in vier internen Treffen aller Beteiligten der Hochschule.

Die Schaffung von Akzeptanz und Verbindlichkeit erfordert eine kontinuierliche Abstimmung von Inhalts- und Akteursebene im Planungsprozess sowie die Kombination von planerisch/konzeptionellen (Inhaltsebene) und politisch/kommunikativen (Akteursebene) Instrumenten. Hierfür war ein über das Expertenverständnis hinausreichendes transdisziplinäres Verständnis wichtig, das eine Integration von lokalem Wissen und Expertenwissen erlaubt. Eine besondere Rolle spielten hierfür Methoden der Experten-Laien-Kommunikation, die in den Prozessen weiterentwickelt wurden. Darauf aufbauende skizzenhafte Darstellungs- und Dokumentationsformen, die möglichst genau diejenigen Informationen enthielten, die zum jeweiligen Zeitpunkt zur Diskussion standen (und nicht durch eine zu detaillierte Ausarbeitung mehr suggerierten), konnten in den Prozessen gezielt eingesetzt und systematisiert werden. Dies betraf einerseits die Form der Vermittlung von analytischen und konzeptionellen Inhalten und andererseits Formen der gemeinsamen Bearbeitung von Konzepten durch Expert/innen und Laien.

Die breite Anlage des Projekts, die Parallelführung von acht unterschiedlichen Fallstudien mit unterschiedlichen internen Teams und externen Partnern, deren Durchführung und Auswertung sowie der bereits während des laufenden Modellvorhabens begonnene Wissenstransfer nach aussen stellten extrem hohe Anforderungen an die Projektleitung. Diesen konnte nur durch die kontinuierliche Zusammenarbeit der drei involvierten Institute der Hochschule Luzern und des Kantons Luzern begegnet werden. Die vier Projektleitenden trafen sich in vier Jahren Laufzeit zu 22 Projektsteuerungssitzungen, um die vielfältigen Koordinationsaufgaben zu bewältigen.

AUSWERTUNG DER FALLSTUDIEN

Die Auswertung der Fallstudienarbeit erfolgte zunächst intern; eine Reflexion des Forschungs- und -entwicklungsprozesses leisteten zudem der Projektbeirat sowie mehrere Treffen mit unmittelbar beteiligten Partnern (Gemeinden, Planende) und weiteren relevanten Institutionen (Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN, Dienststelle Raum und Wirtschaft

des Kantons Luzern, Regionale Entwicklungsträger des Kantons Luzern, Verband Luzerner Gemeinden).

Die Selbstreflexion bezog sich insbesondere auf die konkreten Erkenntnisse aus der Fallstudienarbeit. Der Nachteil, dass dabei die durchführenden und die evaluierenden Personen teils identisch waren, konnte dadurch gemildert werden, dass das Projektteam aus insgesamt 15 Personen bestand, die in unterschiedlichen Teilen des Modellvorhabens tätig waren. Zu diesem Zweck wurde ein Projektjournal zu der Arbeit in den einzelnen Fallstudien geführt, um zentrale Erkenntnisse aus den Prozessen festzuhalten. In vier internen Treffen des Gesamtteams der Hochschule Luzern und des Co-Projektleiters des Kantons Luzern wurden die konkreten Erkenntnisse aus den Fallstudien jeweils miteinander verglichen und kritisch betrachtet. Dabei ging es vor allem darum, die Spezifika einzelner Prozesse einerseits, die übertragbaren Elemente andererseits zu identifizieren und zu beschreiben.

Die Treffen mit Externen wurden von der Hochschule Luzern als Feedbackrunden anhand von Leitfragen durchgeführt und die Feedbacks wurden systematisch zusammengefasst. Zudem lud der Bund dreimal zu einem Erfahrungsaustausch der Modellvorhaben ein, sodass auch ein Austausch zwischen verschiedenen Herangehensweisen bei partizipativen Prozessen der Innenentwicklung möglich war. Trotz des vielfältigen Materials und der Auswertungen, die inzwischen zu den Fallstudien vorliegen, und der Reflexion des Forschungs- und Entwicklungsprojektes durch unterschiedliche Instanzen wäre eine eingehende Evaluation des Gesamtprojektes sehr lohnenswert. Dies betrifft sowohl die Erkenntnisse zum dialogischen kooperativen Verfahren als auch den Projektaufbau des Modellvorhabens selbst – im Hinblick auf die Projektorganisation, die inter- und transdisziplinäre Arbeitsweise sowie die Methoden der Auswertung.

BEITRAG ZU EINER NEUEN PLANUNGSKULTUR

Durch das der Arbeit mit der Eigentümerschaft zugrunde liegende sozial-räumliche Verständnis verändert sich die Planungskultur. Inter- resp. transdisziplinäres Arbeiten mit einem entsprechenden Verständnis für die Inhalte und Arbeitsweisen der verschiedenen Disziplinen und eine bewusst gestaltete Experten-Laien-Kommunikation sind hierbei notwendige Bestandteile. Es zeigt sich auch, dass die Veränderung in der Planungskultur ein langfristiger Prozess ist, der bis zu einem gewissen Mass angestossen werden kann, für dessen nachhaltige Implementierung jedoch noch weitere Schritte notwendig sind.

Für einen aufwendigen mehrstufigen Prozess in der Innenentwicklung gilt es, einerseits die politischen Instanzen der Gemeinde und die Eigentümerinnen und Eigentümer zu gewinnen. Andererseits müssen auch die involvierten Planungs- oder Architekturbüros überzeugt werden, die sich in eine für sie ungewohnte Rolle begeben, da die Konzeptentwicklung stark von den Vorstellungen der Beteiligten mitgeprägt wird. Die Entwicklungskonzepte müssen einen Handlungsspielraum für die privaten Interessen der Eigentümerschaft offenlassen und dabei gleichzeitig einen Mehrwert für die Bevölkerung ermöglichen. Es handelt sich um eine Art *Planen mit vielen Autoren und Autorinnen*, eine Vorstellung, die für viele Fachleute noch gewöhnungsbedürftig und auf eine grosse Sorgfalt in der Durchführung angewiesen ist.

Bei ergebnisoffenen Prozessen ist zudem der (finanzielle) Aufwand für die Gemeinde schwieriger abzuschätzen und muss sich bei Offerten auf Erfahrungswerte berufen. Die Finanzierung ist über andere Gegenwerte, etwa die Legimitation der politischen Entscheidungen und Handlungen der Gemeinde oder auch eine wahrscheinlichere Umsetzung einer breit abgestützten Lösung, zu rechtfertigen. Die Anwendung des im Modellvorhaben entwickelten Vorgehens ist daher insbesondere für Schlüsselgebiete in den Gemeinden, für besonders schwierige Situationen sowie für Pilotprojekte für bestimmte Quartiertypen wie beispielsweise Einfamilienhausquartiere zu empfehlen.

GRASWURZEL-BEWEGUNGEN UND DIE UNTERNEHMERISCHE STADT am Beispiel Neubad Luzern

Patricia Wolf, Sibylla Amstutz, C. Lars Schuchert,
Bettina Minder, Alex Willener

Einleitung

Die moderne Stadt ist ein komplexes System, dem verschiedenste soziale, technische, architektonische, wirtschaftliche und organisatorische Herausforderungen in seiner Entwicklung eines nachhaltigen Ökosystems entgegenstehen (Neirotti et al. 2014; Rauterberg 2013). Die Idee der unternehmerischen Stadt (zusammenfassend dargestellt bei Doucet 2013) schlägt deshalb den Ersatz überkommener administrativer durch neue unternehmerische Ansätze vor (Chapin 2002; Harvey 1989; Moulaert, Rodriguez & Swyngedouw 2003), die risikofreudiger handeln lassen (Roberts & Schein 1993; Harvey 2000) und mit Partnerinnen und Partnern aus der Privatwirtschaft zusammenarbeiten, um Investitionen im Gemeinwesen zu fördern (Bassett 1996; Hall & Hubbard 1996; Bemze 2008). Die bisher vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen auf diesem Gebiet beschränken sich meist auf Megaprojekte in den Grossstädten der Welt (Doucet 2013). Alternative Ansätze sehen Potenzial in der Übernahme spielerischer Motive, die das Aufkommen neuer Graswurzel-Bewegungen und die (Neu-)Nutzung temporär verfügbarer Räume fördern.

Es liegen bis dato kaum belastbare Erkenntnisse dazu vor, wie Städte diese Ansätze in ihrer Entwicklung hin zur unternehmerischen Stadt nutzen können. Die vorliegende Studie stellt die Initiative *Neubad Luzern* vor, um Einsichten bereitzustellen, die von kommunalen Verwaltungen in der Entwicklung praktikabel verwendbar sind. Insbesondere betrachtet die Studie, wie städtische und kommunale Institutionen Graswurzel-Bewegungen fördern können, um die Entwicklung der unternehmerischen Stadt auf spielerische Weise zu unterstützen. Initiiert wurde die Studie durch Mitglieder des interdisziplinären Forschungsschwerpunkts «Creative Living Lab» der Hochschule Luzern, durch welchen sie auch finanziert wurde.

Zwei Perspektiven der unternehmerischen Stadt

Die derzeitige Quellenlage zum Konzept der unternehmerischen Stadt wird von zwei distinkten Forschungsansätzen bestimmt, die wir im Folgenden als die *ordnungspolitische* und die *Start-up-Perspektive* charakterisieren.

DIE ORDNUNGSPOLITISCHE PERSPEKTIVE

Die Idee der unternehmerischen Stadt hat seit den späten 1970er-Jahren verstärkt politische und akademische Beachtung gefunden. Sie verspricht eine Erneuerung der Stadt durch neue Wertschöpfung (Loftmann & Nevin 1995; Hall & Hubbard 1996). Brian Doucet (2013) sieht sie als mögliche kommunale Antwort auf «Dynamiken wie die De-Industrialisierung, die Globalisierung, den ideologischen Wandel weg von einer distributiven Politik und dem verstärkten Wettbewerb zwischen Städten» (Übersetzung durch die Autor/innen). Vereinfacht ausgedrückt stellt der Ansatz einen Ruf nach unternehmerischen Managementmethoden in Stadtverwaltungen dar – alte institutionelle Arbeitsweisen sollen durch neue wirtschaftsorientierte Methoden ersetzt werden (Chapin 2002; Harvey 1989; Moulaert, Rodriguez & Swyngedouw 2003). Stadtverwaltungen sollten mehr Risiken eingehen (Roberts & Schein 1993; Harvey 2000) und mit Partnerinnen und Partnern aus der freien Wirtschaft zusammenarbeiten, um die nötigen Investitionen zu fördern (Bassett 1996; Hubbard & Hall 1996; Bemzez 2008; Doucet 2013). Diese Aktivierung externer Akteurinnen und Akteure kann als einer der Ecksteine der unternehmerischen Stadt angesehen werden (Cochrane, Peck & Tickell 1996).

Bestehende Stadtentwicklungsprojekte in dieser Richtung (und die dazugehörige Forschung) beziehen sich zumeist auf aufmerksamkeitsstarke Megaprojekte als jenen Teil des «städtischen Raums, in dem unternehmerische Strategien Anwendung finden» (Doucet 2013, S. 2038; vgl. auch Moulaert, Rodriguez & Swyngedouw 2003). Die Forschung zeigt jedoch, dass solche Megaprojekte nur in wenigen Fällen die Erwartungen erfüllen können, die an sie gelegt werden (Hall & Hubbard 1998; Oswald, Overmayer & Misselwitz 2013). Ein verbreiteter Kritikpunkt ist der Vorwurf der Gentrifizierung: Nur wenige, wohlhabende Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner zögen tatsächliche Vorteile aus den Projekten (Hall & Hubbard 1996; Doucet 2013). Tim Hall und Phil Hubbard (1996, S. 167) erwähnen sogar, dass «unternehmerische Ansätze, in vielen Fällen, wenig interne Investitionen anziehen

und einen vernachlässigbaren Effekt auf den Arbeitsmarkt haben». Projekte, welche die Anforderungen der lokalen Anwohnerinnen und Anwohner vernachlässigen, können starken Widerstand und Proteste hervorrufen (Hall & Hubbard 1996; Harvey 1987). Hall und Hubbard (1996, S. 165) behaupten, dass «die Rezeption solcher Entwicklungsstrategien an der Basis essenziell für ihren Fortbestand sind». Es ist zu beachten, dass die Rolle der lokalen Öffentlichkeit sowie die Einbindung und Rekrutierung einzelner Bürgerinnen und Bürger oder grösserer Gruppen für die Entwicklung einer unternehmerischen Stadt in der bisherigen Forschung nicht zureichend beachtet wurden.

Die exklusive Beachtung aufmerksamkeitsstarker, langfristig angelegter Grossprojekte in Grossstädten hat Schattenseiten: Der «Wert der Zwischennutzung» (Oswald, Overmayer & Misselwitz 2013, S. 222) für die Entwicklung unternehmerischer Städte wird übersehen. Wir argumentieren, dass konzeptionell und zeitlich begrenzte Projekte ein praktikables Mittel für städtische Verwaltungen wären, um neue Investitionen und die Teilhabe von aktiven Bürgerinnen und Bürgern zu fördern. Dies entspricht den generellen Annahmen in der Forschung: «Soziale und gemeinschaftliche Identitäten [...] haben ihre Wurzeln in Lokalitäten. [...] Geschichtlichkeit, Zugehörigkeitsgefühl und Orthaftigkeit drücken sich oft in der Teilhabe in Entwicklungsinitiativen aus» (Hall & Hubbard 1996, S. 165). Valide Konzepte oder empirische Ansätze zur Erforschung dieser Art von Kollaboration in der unternehmerischen Stadt sind jedoch grösstenteils noch nicht verfügbar.

Die vorliegende Arbeit betrachtet diese Aspekte von der Perspektive einer empirischen Fallstudie aus, die erkennen lässt, wie Städte das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger nutzen können, um unternehmerischer zu werden. Die Fallstudie zeigt, dass eine kurzfristige Zwischennutzung öffentlichen Raumes von besonderem Interesse für unternehmerische und risikobereite Personen ist, d. h. für in vielerlei Hinsicht ideale Partnerinnen und Partner in der Entwicklung der unternehmerischen Stadt (Oswald, Overmayer & Misselwitz 2013).

DIE START-UP-PERSPEKTIVE

Die zweite Forschungsperspektive betrachtet die Umstände, welche die Entstehung von Start-ups begünstigen. Edward L. Glaeser und William R. Kerr (2010) betonen die Korrelation zwischen lokalem Unternehmertum und regionalem Wirtschaftswachstum: Nach ihren Befunden verbessern sich

sowohl das Durchschnittseinkommen als auch die Lage am Arbeitsmarkt in Regionen mit einer höheren Anzahl von Start-up-Unternehmen. Dies greift Aspekte der Forschung im Bereich der sogenannten *kreativen Städte* auf, die für die Erneuerung der Stadtlandschaft vorschlagen, Unternehmertum durch die Entwicklung einer *kreativen Klasse* zu fördern (zusammengefasst bei Masayuki Sasaki 2010). Richard L. Florida (2002) erkannte diese *kreative Klasse* – die neue, wachsende Klasse von Menschen in kreativen Berufen – als eine der wichtigsten Triebfedern für das allgemeine Wirtschaftswachstum (Florida 2002; Florida 2012). Charles Landry (2008) untersuchte die «Creative Town Initiative» in Huddersfield, Grossbritannien, die in den 1990er-Jahren eine der ersten Revitalisierungsinitiativen dieser Art war. Einer der Auslöser für solche Initiativen in alten Industriestädten war das Aufkommen neuer Kooperationsformen zwischen Privatwirtschaft und öffentlichen und städtischen Institutionen. Verschiedene Projekte versuchten *Kreisläufe urbaner Kreativität* in Bewegung zu setzen: öffentliche Foren für neue Denkansätze, Seminare zur Unternehmensentwicklung, Promotionen, um kreative Köpfe anzuziehen, Datenbanken kreativer Projekte oder Allianzen führender privater, öffentlicher und kommunaler Institutionen. Die Formierung des «Global Network of Creative Cities» der UNESCO im Jahr 2004 brachte diesem Ansatz eine neue Dimension der öffentlichen Wahrnehmung (Sasaki 2010).

Paolo Neirotti et al. (2014, S. 40) fassen zusammen, dass solche städtische Initiativen und Ansätze, «um Innovationskapazitäten und Unternehmertum im städtischen Ökosystem zu fördern», sich oft in der Form «lokaler Gründerzentren» ausdrücken. Andere Städte stellen ihrer *kreativen Klasse* Räume für Interaktionen und Events zur Verfügung (Landry 2008; Sasaki 2010). Es ist jedoch zu betonen, dass viele dieser Ansätze scheitern, da die Angebote nicht von der Zielgruppe angenommen werden. Masayuki Sasaki (2010, S. 9) schliesst daher, dass «Floridas Theorie fälschlich so verstanden wurde, dass Städte florieren, sobald ihre kreative Klasse zusammenkommt». Er erwähnt Osaka City, «wo kreative Initiativen keine sinnvollen Ergebnisse zeigten, da sie nie in einer umfassend urbanen Gesamtstrategie aufgingen. Trotz dieses Misserfolgs hat sich jedoch ein lebendiges und inklusives Ökosystem von Graswurzel-Bewegungen rund um die kreative Stadt herum entwickelt» (S. 9).

Janet Merkel (2015) legt die Unterstützung von aus Graswurzel-Bewegungen entstandenen Co-working-Räumen nahe, die zumeist aus der kollektiven, gemeinschaftlichen Gestaltung kultureller und kreativer Arbeit mit improvisierten Mitteln entstanden. Diese bieten alternative Räume für den Austausch von Ideen und die Entwicklung von Netzwerken. Sie fördern hierdurch eine effiziente Aushandlung des gemeinsamen Raums, der Ressourcen und der Werte zwischen den Akteurinnen und Akteuren. Dieser Forschungsansatz führt zu der Frage, wie Städte auf ihre Bevölkerung zugehen und kreative unternehmerische Initiativen an der Basis fördern können. Die vorliegende Fallstudie bietet neue Einblicke, die zur Beantwortung dieser Frage beitragen können.

Wegbereiter der unternehmerischen Stadt

Eine Sichtung der Literatur zum Thema zeigt drei Ansätze, die als Wegbereiter für Unternehmerische-Stadt-Strategien angesehen werden können:

1. Spiel als Plan- und Steuerungsstrategie,
2. Unterstützung der Träger von Graswurzel-Bewegungen und
3. (Neu-) Nutzung von befristet verfügbaren Räumen mit Bedeutung für die örtliche Gemeinschaft. Diese werden im Weiteren kurz beschrieben.

SPIEL ALS PLAN- UND STEUERUNGSSTRATEGIE

Richard Burke stellte 1971 eine neue Vision einer «Gemeinschaft vor, in der jeder in der Arbeit spielt und im Spiel arbeitet» (S. 47). Theodor W. Adorno (1997, S. 469 f.) definierte das Spiel als zweckfreie Handlung – in Abgrenzung zur zweckgebundenen Arbeit –, mit der die eigene Lebenszeit gegen ein Auskommen getauscht wird, und weist damit auf das komplexe Verhältnis zwischen Spiel und zweckrationalem Handeln hin. Kreativität und Produktivität sind eben nicht voneinander zu trennen: «Kreativität ist wichtig, da sie Wirtschaft ermöglicht, und Unternehmen existieren nur durch Kreativität. Hier zeigt sich, dass phantasiereiches Spiel und künstlerische Ausdruckskraft [...] die Arbeit überhaupt erst produktiv und sinnvoll machen» (Butler et al. 2010, S. 330). Iain Borden (2007, S. 100) sieht Spiel daher als eines von dreizehn Mitteln, um Städte lebenswert zu machen.

In der Literatur wird mehr Risikotoleranz und Unternehmertum vorgeschlagen, was unter anderem bedeuten würde, dass Städte das Ruder aus der Hand geben und mit Partnerinnen und Partnern zusammenarbeiten.

Noch weiter gedacht bedeutet dies für Glaeser und Kerr (2010, S. 4), dass es die «wirtschaftlich beste Strategie wäre, intelligente Leute zu finden und ihnen aus dem Weg zu gehen». Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Verfechter der unternehmerischen Stadt auch Anstrengungen unternehmen sollten, um ein spielerisches Umfeld herzustellen, das die kreative Klasse anzieht und neue Graswurzel-Bewegungen fördert.

Der Ruf nach spielerischen Ansätzen taucht regelmässig in Veröffentlichungen zur Stadtentwicklung auf: Menschen begegnen der Stadt «[...] auf eine spielerisch-konstruktive Weise und machen sie sich zu eigen, den Raum umformend, weiterentwickelnd, neudefinierend», betont Hanno Rauterberg (2013, S. 35). Nicht so allgegenwärtig sind jedoch empirisch valide Einblicke, die zeigen und erklären, wie Städte spielerische Entwicklungsansätze nutzen können, um Graswurzel-Bewegungen unter ihren kreativen und unternehmerischen Bürgerinnen und Bürgern zu fördern und damit das Ziel einer unternehmerischen und wirtschaftlich, sozial sowie kulturell nachhaltigen Stadt zu erreichen.

GEMEINSAM SPIELEN: FÖRDERUNG VON NETZWERKEN UND GRASWURZEL-BEWEGUNGEN

In der Literatur wird die Wichtigkeit der öffentlichen Teilhabe und der Einbeziehung der Bürgerschaft vor Ort in lokalen Entwicklungsvorhaben betont (Harvey 1987; Hall & Hubbard 1996; Doucet 2013). Es wird gleichermaßen angenommen, dass es nicht ausreichen kann, öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen, um ein unternehmerisches, innovatives, kreatives oder sozial inklusives Klima zu fördern. Die Initiative geht auch in dieser Sichtweise von der Basis aus (Sasaki 2010). Befunde aus anderen Forschungsrichtungen unterstützen diese Annahmen. Landry (2008, S. 126) sieht Netzwerkarbeit und Kreativität als inhärent symbiotisch an: «Je mehr Netzwerkknoten in einem System, desto lernfähiger und innovativer das System.» Die Förderung neuer Verbindungen und neuer wirtschaftlicher, wissenschaftlicher oder kultureller *Knoten* schafft so das kreative Milieu, das für eine erfolgreiche städtische Entwicklung unerlässlich ist. «Dieses Milieu ist der offene, kosmopolitische Ort, an dem die kritische Masse von Unternehmer/innen, Intellektuellen, Aktivist/innen, Künstler/innen, Verwaltungsfachkräften, politischen Akteur/innen und Studierenden zusammenkommen, um neue Ideen, Artefakte, Produkte, Dienstleistungen und Institutionen im Miteinander zu entwickeln» (Landry 2008, S. 133).

Auf empirischer Ebene hat Pulkkinens (2014) Studie städtischer Pionierinitiativen die Bedeutung der Basis für einen tatsächlichen Paradigmenwechsel belegt. Solche Initiativen sind komplex, offen, flexibel und selbstorganisiert, mit dem Ziel, neue Formen städtischer Kultur durch die Bürgerschaft zu schaffen und zu tragen. Ein gemeinsames Ziel ist dabei die Entwicklung von Netzwerken und persönlichen Kontakten. Auf gleiche Weise untersuchen Open-Source-Ansätze in der Stadtforschung, wie öffentliche Räume und Ressourcen durch *Reclaiming*-Initiativen, Grüne-Stadt-Bewegungen oder die Open-Source-Programmierszene entwickelt werden (Carlsson 2008; Walljasper 2010).

Es ist noch kein abschliessendes Urteil getroffen worden, inwiefern Bürger- oder Gemeinschaftsinitiativen zum Wirtschaftswachstum und Innovationen in Städten beitragen. Anna Seravalli (2014) betont die Wichtigkeit von deren Wirkung auf sozialen Zusammenhalt, selbstorganisierte Netzwerke und kollektives Empowerment und bezeichnet sie als wichtige Indikatoren für langfristiges Wachstum.

Es lässt sich sagen, dass die bisherige Forschung die Bedeutung von Graswurzel-Bewegungen erkannt hat, da diese die nötigen Netzwerke darstellen, um Veränderungen, Innovation und Wirtschaftswachstum zu tragen. Jenseits von individuellen Initiativen und ihren Auswirkungen haben sich empirische Studien in diesem Bereich jedoch noch nicht der Rolle der Stadtverwaltung bei der Entstehung solcher Initiativen angenommen. Diese Arbeit versucht, diese Lücke mit einer Fallstudie zu einem solchen Vorgang zu füllen.

AUF ZEIT SPIELEN: RÄUME ZUR ZWISCHENNUTZUNG

Bisherige Forschungsansätze konzentrierten sich auf die Rolle der Stadtverwaltung in der Entwicklung neuer Bereiche oder Gebäude. Die Zwischennutzung bestehender Orte oder Gebäude stellt bisher eine Lücke im Wissensstand dar (Oswalt, Overmayer & Misselwitz 2013, S. 222). Dabei ist bekannt, dass «Zwischennutzung das Potenzial hat, die städtische Wirtschaft zu fördern, Arbeitsplätze und Unternehmen zu schaffen, Kompetenzen zu entwickeln und die Attraktivität eines Ortes zu verbessern. Dies wird möglich, indem [flexible und günstige] Räumlichkeiten angeboten, neue Räume für Netzwerke geschaffen und verschiedene Aktivitäten zusammengebracht werden. In diesem Sinne können solche Räume Katalysatoren oder Gründerzentren für die sie umgebende Stadt werden» (Jégou et al. 2016, S. 9). Diese

Vorteile basieren auf den möglichen Synergien zwischen Eigner/innen, Nutzenden und der städtischen Verwaltung. Die Zwischennutzung kann auch als Testfall genutzt werden, mit dem die Stadtverwaltung «ihre Pläne umarbeiten und verbessern kann, um sie relevant und wirksam zu halten, während die Zwischennutzer/innen ihre Seriosität und Potenzial als permanente Nutzer/innen belegen können» (Parris 2014, S. 31).

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass der Ort für solche Initiativen einen wesentlichen Effekt auf das Engagement der Bürgerschaft haben kann (Hall & Hubbard 1996). Der Raum, der Bereich oder das Gebäude stellt einen Ort dar, mit dem eine gewisse Geschichte und soziale oder gemeinschaftliche Identität verbunden wird (Harvey, 1987). Die Auswahl des richtigen Spielfelds ist daher essenziell für den Erfolg solcher Initiativen. Kurzfristig genutzte Räume scheinen kreative Akteurinnen und Akteure anzuziehen (Bishop & Williams 2012). Matthias Bürgin (2010) betont, dass Zwischenutzerinnen und Zwischennutzer vielfach urbane Pioniere mit ungewöhnlicher innerer Motivation, Leistungsbereitschaft, Flexibilität und Sinn für unkonventionelle und kreative Lösungen sind. Er sieht einen Zusammenhang zwischen Gelegenheiten für temporäre Nutzung und dem Auftreten eines kreativen Milieus: Während die kreative Branche nur 11 Prozent der gesamten schweizerischen Wirtschaftslandschaft darstellt, steigt ihr Anteil in temporär verfügbaren Räumen auf 40 Prozent. Drei von zehn kreativen Unternehmen wurden in einem solchen Umfeld gegründet (Bürgin 2010, S. 9).

Es zeigt sich, dass befristet verfügbare Räume einen Anziehungspunkt für kreative und unternehmerische Akteurinnen und Akteure darstellen. Die Mechanismen, die diesen Effekt bewirken, sind jedoch noch zu untersuchen. Die vorliegende Fallstudie soll dazu beitragen, diese Lücke zu schliessen.

Fragestellung und Vorgehen der Fallstudie

In der derzeitigen Forschung zum Themenkomplex der unternehmerischen Stadt wird angedeutet, dass

1. spielerische Ansätze bestehende Verwaltungspraktiken als Planungs- und Steuerungsmittel ersetzen können,
2. neue Graswurzel-Bewegungen gefördert und
3. befristet verfügbare Räume zur (Neu-)Nutzung übergeben werden können, um die Entwicklung einer unternehmerischen Stadt zu fördern.

Es besteht jedoch zurzeit wenig Wissen dazu, wie Städte diese drei Aspekte einsetzen können, um ihre Entwicklung hin zur unternehmerischen Stadt voranzutreiben. Diese Arbeit konzentriert sich daher auf eine Fallstudie von praktischer Relevanz für Städte, die sich der Vision der unternehmerischen Stadt verschrieben haben. Die Leitfrage für die hier dargestellte Fallstudie ist:

Wie können Stadt- und Kommunalverwaltungen Graswurzel-Bewegungen fördern, um die Entwicklung einer unternehmerischen Stadt auf spielerische Weise zu fördern?

Wir betrachten in der Fallstudie bewusst die spielerischen Aspekte – und nicht die kommunalen Verwaltungsprozesse – in ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Graswurzel-Bewegungen. Des Weiteren liegt der Fokus auf der Rolle und Konstitution der entstehenden Netzwerke sowie der Wichtigkeit von befristet verfügbaren Räumen für neue Aktivitäten und das Entstehen einer gemeinschaftlichen Identität.

Der Mangel an aussagekräftigen Theorien und empirischen Befunden bedingt die Wahl eines offen-explorativen Forschungsansatzes. Deshalb wurde eine qualitative Fallstudie als passende Forschungsstrategie gewählt (Yin 2009). Dies ermöglicht es, verschiedene Perspektiven unterschiedlicher Gruppen aufzunehmen (Flick 2009, S. 15). Mittels Fallstudien können komplexe Phänomene untersucht werden, selbst wenn wenig oder keine Forschung vorliegt oder «wenn die Grenzen zwischen dem Phänomen und seinem Kontext verschwimmen» (Yin 2003, S. 23).

AUSWAHLKRITERIEN UND FALLDARSTELLUNG

Für die Auswahl einer aussagekräftigen Fallstudie zur Frage, wie städtische Verwaltungen Graswurzel-Bewegungen fördern können, wurden vier spezifische Kriterien beachtet. Die Initiative sollte

1. von der Stadtgemeinde ausgegangen sein, um die Entwicklung hin zu einer unternehmerischen oder kreativen Stadt zu fördern,
2. von Menschen aus der Stadt auf dezidiert spielerische Art getragen werden,
3. die Teilhabe von einer Vielfalt von Akteuren ermöglichen, die als neue (vernetzte) Basisbewegungen auftreten können,
4. auf der Zwischennutzung eines Raumes mit potenziell grosser Bedeutung für die Identität der Gemeinschaft aufbauen.

Diese Kriterien wurden im März 2012 erfüllt, als die Stadt Luzern beschloss, sich als *Creative City* neu aufzustellen (Stadt Luzern 2012) und eine Ausschreibung für die temporäre Nutzung des alten städtischen Hallenbads veröffentlichte. Eine Anforderung war dabei, dass die Initiative selbsttragend sein sollte. Der letztendliche Gewinner der Ausschreibung war ein selbstorganisiertes, polyzentrisches Netzwerk von ca. 80 Einzelpersonen und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener kreativer Organisationen in der Stadt. Deren Zusammenarbeit war an sich selbst bemerkenswert, da diese Akteurinnen und Akteure aus verschiedensten Milieus der Stadt kamen, darunter Vertreterinnen und Vertreter der Kreativwirtschaft, Kulturschaffende, Forschende, innovative Personen und die unmittelbare Nachbarschaft. Zusammen gründeten sie den Verein Netzwerk Neubad.

Das ehemalige Hallenbad befindet sich in der Nähe des Stadtzentrums und ist direkt an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Das Konzept des Gewinnerteams sah vor, das ehemalige Hallenbad in einen Open-Source-Raum für Inspirationen, Innovation und Gründertum zu verwandeln. Personen aus Architektur, Gastronomie und viele Freiwillige unterstützten dieses Vorhaben. Das Gebäude umfasst heute:

- *Co-working-Bereiche und Ateliers* für Start-ups aus der Kreativwirtschaft, Wissensarbeiter und Kulturschaffende.
- *Den offenen Pool* als ungewöhnlichen Veranstaltungsort für Seminare, Konferenzen, Theater, Tanz oder Musik sowie für Flohmärkte, Repair-Cafés etc.
- Das *Neubad Bistro*, das die Nutzenden mit Besucher/innen und Anwohner/innen zusammenbringt.
- Eine *Galerie* für Kunstausstellungen.
- *Aussenräume* mit Urban Gardening.
- Ein *Konzertlokal*.

Das Neubad sieht sich als wichtiger Baustein für Bildung und Kultur in Luzern und unterstützt mit seinem ungewöhnlichen Nutzungskonzept die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt.

DATENERHEBUNG UND -ANALYSE

Die Fallstudie erhob Daten in der anfänglichen Phase der Zwischennutzung zwischen Januar 2013 und März 2014. In dieser Phase wurde das Gebäude für die Zwischennutzung instand gestellt, verschiedene Nutzungsmöglich-

keiten wurden exploriert und die finanzielle und organisatorische Grundlage wurde gelegt. Spezifisch handelt es sich dabei um

1. eine Designphase, in der die Finanzierungs- und Organisationsthemen bearbeitet wurden,
2. die Umbauphase, in der die neuen Raumkonzepte entwickelt und das Gebäude kollaborativ verändert wurde, und
3. eine Übergabephase, in der das Gebäude bereits provisorisch genutzt wurde.

STICHPROBE

In der qualitativen Fallstudie wurden Akteurinnen und Akteure befragt, die essenzielle Informationen für die Forschungsfragen liefern (Davies 2007, S. 143). Wir konzentrierten uns auf vier Gruppen, die durch ihre umfangreichen Arbeiten in der ersten Phase einen unmittelbaren Effekt auf die Atmosphäre und die materiellen Gegebenheiten hatten. Diese Gruppen waren:

1. Betreiber/innen,
2. Mitglieder des Strategieteams,
3. Freiwillige und
4. Nutzer/innen.

DATENERHEBUNG

Da unser besonderes Interesse den Einblicken und Perspektiven der Akteurinnen und Akteure in den Gruppen galt (Flick 2009, S. 16) und angesichts der erwarteten Komplexität der Wirkfaktoren entschieden wir uns für eine Triangulation verschiedener qualitativer Methoden (Flick 2009; S. 26): Interviews, Beobachtungen und Gruppendiskussionen. Die Daten für unsere Arbeit wurden wie folgt erhoben:

Es wurden zwölf problemzentrierte Interviews (Witzel 2000) mit Vertreterinnen und Vertretern der drei Gruppen (vier Betreiber/innen, drei Freiwillige und fünf Nutzer/innen) durchgeführt, um Daten zum Transformationsprozess, zur Wirkung des Raums und zur Entwicklung der Netzwerke zwischen den Akteurinnen und Akteuren zu sammeln. Diese Interviews nutzten ein halb-strukturiertes Format mit Leitfäden und zusätzlichen offenen explorativen Fragen. Die Befragten wurden zudem gebeten, ihre Lieblingsorte fotografisch zu dokumentieren, um aus ihrer Sicht wichtige Vorkommnisse und bedeutende Situationen zu erfassen.

Es wurden darüber hinaus zwei dreistündige Gruppendiskussionen im März und Oktober 2013 mit sechs Mitgliedern des Vorstands durchgeführt. Ziel war es, die wichtigsten Themen und Situationen der Initiantinnen und Initianten zu identifizieren. Diese Informationen wurden auf einer Zeitschiene dargestellt, die dann diskutiert und finalisiert wurde. Die Vorstandsmitglieder wurden auch gebeten, verschiedene Vorgänge nach ihrer Wirkung als positiv oder negativ zu charakterisieren. Die Gruppendiskussionen halfen dabei, extreme Sichtweisen aus den Interviews abzufedern und gemeinsam getragene Meinungen zu bestimmen (Pollock 1995).

Drittens wurden die Entwicklungen vor Ort beobachtet, um Veränderungen im Raum und in dessen Nutzung nachzuverfolgen. Es wurden Notizen und ein Fotoprotokoll geführt: Wichtige Orte wie der Pool, der Co-working-Bereich oder das Bistro wurden zu verschiedenen Zeiten aufgenommen, um Veränderungen in der Umgebung zu erkennen, die ohne diese präzise Dokumentation nicht erkennbar wären (Flick 2009, S. 241).

DATENANALYSE

Die Daten decken verschiedene Perspektiven ab und wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten gesammelt. Die qualitativen Daten aus den Interviews, Gruppendiskussionen und Fotoprotokollen wurden nach einem iterativen und standardisierten Analyseverfahren (Miles & Huberman 1994) von drei Mitarbeitenden den Hauptkategorien «Spielansatz», «Netzwerkentwicklung» und «Zwischennutzung und Raum-Identität» zugewiesen. Weitere Themenbereiche wurden als offene Themen aufgenommen. Die visuellen Quellen wurden genutzt, um die Befunde aus den Textmaterialien zu validieren und zu ergänzen (Flick 2009: 246). Ein Lageplan der Neubad-Anlage unterstützte diesen Vorgang.

Die Befunde aus den verschiedenen Datensammlungen wurden durch konzeptionelles Clustering zusammengebracht; die Methode verbindet «Dinge, die zusammengehören», und sichert so die konzeptionelle Kohärenz der entstehenden Cluster (Miles & Huberman 1994, S. 127). Den Vorschlägen von Uwe Flick (2009) folgend, wurde versucht darzustellen, welche Daten «zusammengehörig (dasselbe aussagend) oder [...] widersprüchlich bzw. komplementär» sind (S. 449). Die Interaktion mit den Teilnehmenden der Gruppendiskussion gab auch die Gelegenheit für eine validierende interne Gegenkontrolle (Lincoln & Guba 1985), bei der wir unsere Interpretation mit den Teilnehmenden reflektierten.

Befunde aus der Fallstudie

Die Fallstudie erlaubt Einblicke in den Ablauf spielerischer Prozesse in der Stadtverwaltung in Bezug auf

1. die Entscheidungen der Stadt Luzern bezüglich der *Spielregeln* für die Entstehung der Initiative Neubad und
2. die Handlungen und Entscheidungen der Mitglieder und Netzwerke im Verein Netzwerk Neubad.

DAS SPIEL: GEMEINSCHAFT SPIELEN

Die Stadtverwaltung von Luzern entschied sich für einen nicht stadtverwalteterischen Ansatz für die Zwischennutzung des alten Hallenbads. Nachdem sie das Projekt initiiert, Spielregeln für die Zwischennutzung in der Ausschreibung festgelegt und das Gebäude den kreativen Akteurinnen und Akteuren des Vereins «Netzwerk Neubad» übergeben hatte, entschied sich die Stadt, sich aus dem Spiel zurückzuziehen.

DAS SPIELFELD VORBEREITEN

Die Fallstudie zeigt, dass im Fall des Neubads die Kommunikation zwischen den späteren Mitgliedern des Vereins Netzwerk Neubad und der Stadt vor der Ausschreibung als Katalysator für die Zusammenarbeit der kreativen Kräfte wirkte. Die Interviewteilnehmer/innen erwähnten einen Vorgang einige Monate vor der eigentlichen Ausschreibung: Vertreterinnen und Vertreter der Hochschule Luzern hielten eine offene Diskussionsrunde mit Politiker/innen und Behördenvertreter/innen ab, um Möglichkeiten für ein *Urban Vision Lab* zu sondieren, in dem Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kommune und Bildungsträger zusammenkommen und ihr Wissen teilen könnten. Es wurde dabei erwähnt, dass etwas geschehen würde, das die Lage der kreativen Szene in Luzern verbessern könnte. Zu diesem Zeitpunkt bestand eine allgemeine Unzufriedenheit mit der städtischen Kulturpolitik. Dies löste weitere Kommunikation in der vormals unzusammenhängenden kulturellen Szene sowie mit den Vertreterinnen und Vertretern der Stadt aus. Als die Ausschreibung schliesslich veröffentlicht wurde, waren die verschiedenen Gruppen bereits willens, sich zusammenzuschliessen, um neue Visionen zu entwickeln, Konzepte zu entwerfen und mit der breiten Öffentlichkeit in einen Dialog zu treten – und die Anforderungen der Ausschreibung zu erfüllen.

DIE SPIELREGELN BESTIMMEN

Mit ihrer Entscheidung übergab die Stadtverwaltung die Verantwortung für das städtische Hallenbad in die Hände der kreativen Community. Gleichzeitig forderte die Stadt dieses Netzwerk heraus, sich von einer *kreativen Gemeinschaft* zu einer *kreativen Wirtschaft* weiterzuentwickeln. Da die Stadt keine Betriebskosten in der Zeit der Zwischennutzung übernahm, mussten die Initiantinnen und Initianten die laufenden Kosten des alten Hallenbads sowie die nötigen Umbauarbeiten finanzieren. Die Gruppe musste ein Betriebskonzept, einen Businessplan und eine Finanzierungsstrategie entwickeln. Sie akzeptierte diese Herausforderung als *kreatives Spiel unter ernststen Bedingungen*, da sie von ihrer Vision und ihrem Konzept überzeugt war. Ein umfangreicher *Gebrauchsleihvertrag* definierte die Detailregeln des Spiels. Ein Passus mit kostspieliger Langzeitwirkung betraf das Thema der Vorschriften und Bewilligungen: Demzufolge wurden die Betreibenden vollumfänglich dafür verantwortlich, dass der Betrieb jederzeit den behördlichen und gesetzlichen Bestimmungen, wie insbesondere feuerpolizeiliche und gesundheitspolizeiliche Vorschriften, entspricht. Im Endeffekt hiess das nichts anderes, als ein Gebäude mit Jahrgang 1968 und entsprechendem baulichen Zustand für eine Zwischennutzung von vier Jahren den neuesten Anforderungen anzupassen.

DEN DINGEN IHREN LAUF LASSEN

Ab dem Zeitpunkt der Verhandlungen mit der Stadt übernahm der zu diesem Zweck gegründete Verein Netzwerk Neubad die Initiative. Es gab keine weitere Involvierung oder Unterstützung seitens der Stadt, was von den Akteurinnen und Akteuren sofort als Chance begriffen wurde. Die erste Entscheidung des Vereins Netzwerk Neubad war es, der Initiative mehr Gehör in der Öffentlichkeit zu verschaffen: «Wir hatten eine sehr gute Presse. Es kamen viele Medienvertreter, insbesondere zur Eröffnungsfeier.» Das Netzwerk Neubad begann durch offene Events vor Ort einen aktiven und offenen Dialog, während ein Grossteil der Organisations- und Kommunikationsarbeit auf digitale Weise erfolgte (Webseite, Facebook, Instagram), unterstützt von traditionelleren Formaten wie Zeitungsartikeln oder Radiosendungen. Durch diese grössere öffentliche Aufmerksamkeit wurden viele neue Unterstützerinnen und Unterstützer angezogen, die auf verschiedene Weise Hilfe und Motivation beitragen konnten: eine Genossenschaft investierte den verbliebenen Kapitalstock vor ihrer Auflösung; Handwerkerinnen und Handwerker und viele freiwillige Helfer/innen unterstützten die Umbauten oder die Einrichtung des Bistros usw.

Die Autonomie, die dem Verein Netzwerk Neubad gegeben wurde, bedeutete jedoch nicht einfach Freiheit und Selbstbestimmtheit, sondern auch umfangreiche (Selbst-)Verantwortung und den Zwang, unternehmerisch zu handeln. Ein Teilnehmer erklärte: «Das Gebäude wird in der Zwischenzeit von Freiwilligen bewirtschaftet, die ihre Arbeitskraft quasi in Vollzeit beitragen. Das braucht eine gewisse Koordination und Solidarität.» Für die verschiedenen betrieblichen Bereiche wurden anhand der wachsenden Erfahrungen Regelungen getroffen. So wurde zum Beispiel der Vergabeprozess von Atelier- und Co-working-Arbeitsplätzen so geregelt, dass das Netzwerk Neubad regelmässig Rundgänge für interessierte Personen organisierte, die sich anschliessend bewerben konnten. Bei der Vergabe galt grundsätzlich *first come, first serve*. Dazu kam das Kriterium der guten Gesamtdurchmischung von Branchen und Disziplinen im Sinne der Inspiration durch Vielfalt. Ausserdem war die Bereitschaft gefordert, mit und nicht neben den anderen Nutzenden zu arbeiten.

HINDERNISSE ÜBERWINDEN

Die Anforderungen des Pioniertums und des andauernden Neuerfindens, Reagierens, Aushandelns und Balancierens der beschränkten finanziellen Mittel waren eine aktivierende, aber auch belastende Erfahrung. Ohne die beständige Unterstützung durch Freiwillige (Arbeit) und Sponsoren (Finanzmittel) hätte die Nutzung des Neubades keine Erfolgchancen gehabt. Missverständnisse und Konfrontationen zwischen der Stadt und dem Verein Netzwerk Neubad waren unausweichlich. Konflikte traten besonders zutage, als die ersten Budgetprojektionen zeigten, dass eine Verlängerung der Zwischennutzung um zwei oder drei Jahre den nötigen finanziellen Erfolg wesentlich erleichtern würden. Durch die notwendigerweise kurzfristige Planung war das Neubad für alle Umbauten oder Reparaturen an der alten Infrastruktur auf Fundraising und Crowdfunding angewiesen. 2016 verlängerte die Stadt den Zwischennutzungsvertrag bis 2019 (Verein Netzwerk Neubad 2016). Dies hätte zu einem früheren Zeitpunkt die langfristige Planung wesentlich effektiver unterstützt und die Nerven der Betreiberinnen und Betreiber geschont.

NETZWERKEN: TEAMS BILDEN

Der Verein Netzwerk Neubad zog neue Akteurinnen und Akteure an, dem Spiel beizutreten. Gleichzeitig gab das Spiel neue Gelegenheiten, weitere Kontakte zu schaffen.

ZUR TEILNAHME EINLADEN

Das kreative Netzwerk hinter der Neubad-Initiative hatte sich Werten von Toleranz und Offenheit verschrieben, wie ein Mitarbeiter betonte: «Wir waren übereingekommen [...] einander zuzuhören wie die Sache aussehen sollte.» Jeder und jede konnte Teilnehmer/in, Akteur/in oder Entwickler/in dieses Klimas werden. Die Entscheidung hierzu war den Teilnehmenden selbst überlassen, wie ein Nutzer erklärt: «Ich denke, hierher kommen nur Leute, die auch tatsächlich teilhaben wollen.» Diese kollektive Selbstorganisation unterstützte das Zugehörigkeitsgefühl im neuen Netzwerk, in dessen Epizentrum das Hallenbad stand. Der Ort wurde «ein Forum für öffentliche Debatten», so ein Nutzer. Die andauernden und offensichtlichen Veränderungen in der Umbauphase und darüber hinaus boten Gelegenheit für Experimente und neue Gemeinschaftsmodelle. Die Chance, eigene Ideen beizutragen, führte in den Worten eines Mitglieds dazu, dass «die Leute ihre Ideen, Arbeit und Energie viel freier miteinander teilten.»

ANERKENNUNG UND VORTEILE

Freiwilligenarbeit wurde durch ausdrückliche Anerkennung, gewisse materielle Vorteile (kostenlose Essen) und viel Spass an der Arbeit honoriert. «Man spürt die Anerkennung. Es ist immer jemand da, der dir sagt: ‹Hey, Danke, super, dass du dabei bist.›» erklärt ein freiwilliger Mitarbeiter. Ein weiterer Nutzer sagt dazu: «Ich schätze es, dass dies ein Teamprojekt ist. Dass so viele verschiedene Leute hier zusammen anpacken.»

Der Verein Netzwerk Neubad stellte offen dar, dass die Initiative von der freiwilligen Hilfe qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Crowdfunding abhing. Deren Unterstützung wurde als gute Tat für die kreative Gemeinschaft und für die nähere Umgebung gesehen, was ein wichtiger Antrieb für die grosse Resonanz unter Freiwilligen war. «Die Umbauten waren ein erstaunliches Erlebnis. Leute sind einfach aufgetaucht und sagten: ‹Ich habe ein bisschen Zeit heute. Kann ich helfen?›» erinnert sich ein Mitarbeiter. Ausgebildete Kräfte leiteten die anderen freiwilligen Helfer an und stellten die Qualität der Arbeit sicher, insbesondere bei den Umbauarbeiten.

NETZWERKE ZUSAMMENFÜHREN

Das Netzwerk wuchs und veränderte sich über den gesamten Zeitraum. In der von uns betrachteten Periode wurden neue Interaktionen zwischen ehemals getrennten Gruppen in und um das Neubad beobachtet: Freiwillige, Unternehmen, Betreiber/innen, Mieter/innen der Ateliers und Co-working-Räume, Eventveranstalter und ihre Gäste, Kneipengäste, Familien aus der Nachbarschaft und Crowdfunding-Spezialisten kamen durch das Spiel zusammen. «Die Atmosphäre hier, verschiedene Leute, die zusammenarbeiten, verschiedene Leute und ihre Bekannten kommen immer wieder, und man lernt sich kennen. [...] Man sieht Gesichter, die man schon irgendwo her kennt – und hier trifft man sich wieder», kommentiert eine Mieterin. Da diese Gruppen nicht nur die *üblichen Verdächtigen* der Luzerner kreativen Klasse zusammenbrachten, gab es von Anfang an viel Potenzial für Netzwerkarbeit. Von den anfänglichen 100 Beteiligten im Jahr 2012 wuchs der Verein bis zum Januar 2017 auf 860 Mitglieder an. Ein Nutzer beschreibt den Vorgang so: «Unser Netzwerk ist gewachsen [...]. Neubad spielt klar eine wichtige Rolle. Die Netzwerke kommen enger zusammen.»

RAUM SCHAFFEN

Die architektonischen Gegebenheiten im alten Hallenbad waren von grosser Bedeutung für die Entstehung der Initiative und die Entwicklung einer sozialen Identität.

ZWISCHENNUTZUNG ALS NEUE ERFAHRUNG

Das Hallenbad war das erste öffentliche Gebäude Luzerns und der gesamten Zentralschweiz, das in dieser Art zur Zwischennutzung zur Verfügung gestellt wurde. Dies war daher eine völlig neue Erfahrung für die Bevölkerung von Luzern. Diese unbekannte Erfahrung machte das Projekt besonders attraktiv: «Ich mag das Projekt insgesamt. Es ist so frisch, so dynamisch, so radikal neu und anders», betont eine freiwillige Helferin. «Ich habe diese Art von Zwischennutzung nie zuvor gesehen. Das war wahrscheinlich, was mich überhaupt erst angelockt hat.» Zusätzlich zu dieser Erstbegegnung mit dem Konzept der Zwischennutzung kam die Einzigartigkeit des Projekts zu grossen Teilen aus der eigentlichen Architektur des Hallenbads. Das Gebäude bot die neue Raumerfahrung eines öffentlichen Bads mit Pool und Sprungtürmen, das im Bruch mit der gewohnten Erfahrung trocken auf neue Weise nutzbar wird: «Ich habe noch nie ein leeres Schwimmbad gesehen – ganz ohne Wasser. Die ganze Erfahrung war absolut neu für mich. [...] Es ist verrückt: Der Pool wird zur Bühne.»

KINDHEITSERINNERUNGEN UND ÜBERRASCHUNGEN

Viele der Akteurinnen und Akteure empfanden eine besondere Beziehung zum Neubad, da sie dort ihre ersten Schwimmstunden erhalten hatten. «Fast ganz Luzern würde dasselbe sagen [lacht] – dass sie hier ihre Schwimmabzeichen gemacht haben», erklärt ein Nutzer. «Die Überraschung und das Gefühl der Nostalgie für alle, die das alte Hallenbad kennen und jetzt hier im trockenen Pool sitzen können, um an Veranstaltungen teilzunehmen», schuf für diesen Nutzer und viele andere eine neue Beziehung zum Raum. Die persönlichen Beziehungen zur Geschichte des Bads unterstützte die Entwicklung einer gemeinsamen Identität. Die neuen Nutzer benutzten z. B. «die alten Damenduschen als Farbwerkstatt». Eine andere Nutzerin erklärt: «Der Raum hat sich nicht sehr verändert. Und darum geht es: [...] kleine Dinge verändern, um dem Raum eine ganz neue Nutzung zu geben.» Die Nutzerinnen und Nutzer sowie Besucherinnen und Besucher erlebten diese Atmosphäre als inspirierend und zuträglich für die Entwicklung kreativer neuer Ideen. Ein Mitarbeiter sagt dazu: «Ich denke, die einzigartige Umgebung und Atmosphäre [...], besonders dieser riesige Raum des Pools, bietet so viel Freiraum für neue Ideen.»

IMPROVISIERTES SPIEL

Für die Umnutzung des öffentlichen Hallenbads musste das Team Neubad verschiedene Bauauflagen erfüllen, darunter die Einrichtung von Rettungswegen, Notausgängen und Geländern um das leere Schwimmbecken. Da nur begrenzte Finanzressourcen verfügbar waren und die Nutzung des Projekts ursprünglich auf vier Jahre begrenzt war, wurden viele der nötigen Arbeiten auf bewusst kostengünstige und erkennbar improvisierte Weise ausgeführt. Diese improvisierten Arbeiten wurden von den späteren Nutzenden als *gutes Provisorium* erlebt und tatsächlich vielfach wertgeschätzt: «Ich hänge an diesem kreativen, dynamischen Umfeld im Neubad, wohl wegen der provisorischen Lösungen. Ich glaube, dass kreative und innovative Köpfe sich in temporären Räumen, die nie feststehen, wohlfühlen.» Das gebaute Umfeld fördert kreative Improvisation im Handeln wie im Denken: «Erfinder wie ich fühlen sich in temporären, unfertigen Räumen zuhause, wo es Platz gibt für Neues und wo man etwas ändern kann.»

ANEIGNUNG UND IDENTIFIKATION

Ein Nebeneffekt der gemeinsamen Arbeit beim Umbau war die Aneignung des alten Hallenbads durch die Befragten. Sie begannen, sich gemeinsam mit dem Ort zu identifizieren, wie eine der Freiwilligen ausdrückt: «Jeder hat einen Teil von sich selbst gegeben. Man merkt das. Der Raum hat viele Persönlichkeiten [...], weil jeder etwas dazugetan hat.» Die Gelegenheit, den Raum zu verändern, wurde begeistert aufgenommen und von den kreativen Nutzerinnen und Nutzern als wichtig empfunden. Dies war von der Neubad-Initiative bereits seit Anfang der Arbeit aktiv unterstützt worden: Die Nutzerinnen und Nutzer erhielten einen Atelierraum, den sie nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten konnten, sei es durch eigene Arbeit oder durch die Hinzuziehung externer Kräfte. Eine Person aus dem Betriebsteam beschreibt diesen Prozess: «Jeder hat eine eigene Art gefunden, den Raum zu nutzen oder die Umkleiden neuzugestalten. Man hat sich gegenseitig inspiriert und technische Ideen ausgetauscht.»

Diskussion und Schlussfolgerungen

Die hier vorgestellte Studie hat sich der eingangs gestellten Frage «Wie können Stadt und Kommune Graswurzel-Bewegungen anregen, um sich auf spielerische Weise der Vision der unternehmerischen Stadt zu nähern?» gewidmet. Sie trägt zum Forschungskorpus im Themenkomplex der unternehmerischen Stadt bei, indem am Fallbeispiel des Neubads Luzern betrachtet, analysiert und bewertet wird, wie spielerische Ansätze das Aufkommen und die Entwicklung von Graswurzel-Bewegungen fördern können. Dies eröffnet wichtige Einblicke für Akteurinnen und Akteure auf der städtischen und kommunalen Seite. Die Fallstudie zeigt, dass jenseits der spielgetriebenen Mechanismen besonders das Entstehen kreativer Netzwerke, die (befristete) Verfügbarkeit geeigneter Räume und die Entwicklung einer sozialen Identität von essenzieller Bedeutung sind. Eine zukünftige Studie müsste das unternehmerische Potenzial dieser sozialen Faktoren im Detail beleuchten und bewerten. Zum Zeitpunkt dieser Studie war unternehmerisches Potenzial erst im Entstehen. Es zeichneten sich beispielsweise marktreife Innovationen ab, etwa im Bereich Audiotechnologie. Ausserdem waren Zusammenschlüsse von Mieterinnen und Mietern in neuen Organisationen bereits angedacht (etwa zwischen Grafikdesign, Interaktion und Neuen Medien). Ausserdem wurde das unternehmerische Ziel der Stadt dahin gehend erfüllt, dass die Unterhaltskosten des Neubad-Gebäudes nun privat getragen werden.

In Bezug auf den Ablauf hat die Fallstudie zeigen können, dass der Zeitpunkt von Bedeutung ist: Die Zeit für eine kreative Gemeinschaft muss gekommen sein. Im Fall von Luzern hatten verschiedene Akteurinnen und Akteure bereits die nötigen Kontakte geknüpft und den Diskurs begonnen, und die Stadtverwaltung hatte sich bereits dem Ziel verschrieben, Luzern bis 2020 zur deziert kreativen Stadt weiterzuentwickeln (Stadt Luzern 2012). Die Zeit war in diesem Sinne empfänglich für das Angebot, dass die Stadtverwaltung der lokalen kreativen Szene machen konnte. Wie in der Literatur zum Thema empfohlen (Hall & Hubbard 1996; Sasaki, 2010), hat sich die Stadt direkt an die Basis gewandt, um Engagement zu fördern. Die Fallstudie zeigt auch, dass die bewusste Entscheidung für die einfache Zwischennutzung eines bestehenden Gebäudes, wie mehrfach vorgeschlagen (Oswalt, Overmayer & Misselwitz 2013; Jégou et al. 2016), einen wichtigen Teil beitrug, da sie besonders unternehmerisch eingestellte Akteurinnen und Akteure der kreativen Szene ansprach (vgl. Bishop & Williams 2012; Bürgin 2010).

Nachdem das Angebot angenommen und die Herausforderung, dass die Zwischennutzung sich finanziell selbst tragen müsse, formuliert war, folgten die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt nahezu wortgetreu dem Vorschlag von Glaeser und Kerr (2010, S. 4), «intelligente Leute zu finden und ihnen aus dem Weg zu gehen». Dieser risikofreudige Ansatz verunmöglichte alle administrativen Einflüsse auf den Prozess. Die Forschung in diesem Bereich beschreibt bis dato die Idee einer Partnerschaft zwischen Stadt und Privatwirtschaft als Quelle für Investitionen in die Gemeinschaft (Bassett 1996; Hall & Hubbard 1996; Bemze 2008; Doucet 2013); der Luzerner Versuch stellt jedoch eine neue Art solcher Partnerschaften dar. Hier übergibt die Stadt den öffentlichen Raum der Zivilgesellschaft.

Der Rückzug der städtischen Vertreterinnen und Vertreter aus dem Spiel war zum einen eine attraktive Gelegenheit für die Neubad-Gruppe, da er ihnen umfassende Freiheiten in der Entwicklung und Nutzung des Raums gab; gleichzeitig schuf die Entscheidung auch neue Unsicherheit, nicht zuletzt im Hinblick auf die Finanzierung der Initiative. Dadurch entstand eine neue Welle freiwilliger Arbeit und finanzieller Unterstützung in der Bevölkerung. Die Stadt zog sich auf eine Rolle als Spielmacherin und Schiedsrichterin zurück, anstatt weiter, wie in der Literatur empfohlen, als aktiver Partner teilzuhaben (Doucet 2013). Die Fallstudie zeigt, dass dies einer der wichtigsten Entscheide für die Entwicklung und Unterstützung der Graswurzel-

Bewegung war – es entstand dadurch ein unternehmerisches Spiel, das auf authentische Weise von der kreativen Szene und zivilgesellschaftlichen Kräften Luzerns getragen wurde. Die Bedeutung solcher Authentizität in der Vereinnahmung kreativer Räume und der Rückzug der offiziellen Seite aus Projekten und Initiativen für die Entwicklung der *unternehmerischen Stadt* als eine risikobewusste Art der Spielführung stellen aus unserer Perspektive vielversprechende Themen für weitere Untersuchungen dar.

Abschliessend kann bemerkt werden, dass diese Form des spielerischen Ansatzes besonders Erfolg versprechend ist, wenn es die Intention der Stadtverwaltung ist, die bestehende kreative Szene in eine unternehmerische Gemeinschaft umzuformen, mit der die örtliche Entwicklung vorangetrieben werden kann. Gleichzeitig wäre bessere Kommunikation mit den Akteuren im Neubad für beide Seiten vorteilhaft gewesen, spezifisch im Hinblick auf einen verlässlichen Zeitrahmen für die Zwischennutzung. Dies wäre ein klassischer Einsatzzweck einer Vernetzungsfunktion auf städtischer Seite, wie von Landry (2008) vorgeschlagen. Im Hinblick auf die Bildung des Netzwerks ist zu betonen, dass es dem Verein Netzwerk Neubad gelang, Akteure, die nicht der *klassischen* kreativen Szene zugehörten, in die Initiative einzu beziehen. Die Fallstudie bestätigt damit Landrys (2008) Theorie, dass die Schaffung neuer Verbindungen und neuer wirtschaftlicher, akademischer und kultureller Partnerschaften in einem neuen kreativen Milieu essenziell für den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt sein wird. Die sehr basisnahe Qualität der Neubad-Initiative zeitigte sich erwartungsgemäss (Pulkkinen 2014) als wichtiger Antreiber für dieses Pionierprojekt. Für alle involvierten Akteure war Neubad das erste gemeinsame Projekt; dadurch war es ihnen möglich, sich von Vorerfahrungen unbeeinflusst auf das Spiel einzulassen.

Das *Anything-goes*-Prinzip von Toleranz und Offenheit erlaubte allen Teilhaberinnen und Teilhabern, ihre Ideen beizutragen, und stellte den nötigen Raum für Experimente und neuartige Gemeinschaftsformen zur Verfügung. Gegenseitige Unterstützung wurde begrüsst, und vormals geschlossene Netzwerke begannen sich zu öffnen. Die Fallstudie zeigt, wie das neu entstehende Netzwerk – mit nunmehr ca. 860 Akteuren – das alte Hallenbad für sich zurückgewann, um es in einen Raum für Kreativität und Innovation zu verwandeln. Sie zeigt auch, dass es Bedingungen braucht, die unterschiedliche Akteurinnen und Akteure zusammenbringt, damit diese ihre eigenen gemeinsamen Initiativen entstehen lassen können.

Der physische Raum, d. h. das Gebäude des Hallenbads, spielte hierbei eine wichtige Rolle. Die Fallstudie bestätigt die bisherigen Befunde, dass selbst angesichts der Megatrends von Globalisierung, Mobilität und weltweiter kommunikativer Vernetzung die konkrete Örtlichkeit identitätsstiftend wirkt (Christmann 2008, S. 2). Bauwerke, denen eine «besondere Bedeutung inneohnt, die für eine spezifische Kultur und/oder Zeit steht, und die einen eigenen ästhetischen Gehalt haben» (Sklair 2006, S. 25), fördern die Konstruktion und Aushandlung von Bedeutungen (Christmann 2008, S. 1).

Im Fall des Hallenbads Neubad stiftete das Gebäude ein Gefühl von Identität bei seinen Nutzenden, das sich aus ihren Kindheitserinnerungen nährte. Für die kommunale Verwaltung bedeutet dies, dass ihre Bürgerinnen und Bürger einen (wiedergewonnenen) Ort mit ihrer eigenen Identität und Geschichte verbinden können müssen (Christmann 2008; BMVBS 2010). Weitere Forschung in diese Richtung wäre zu begrüssen. Die Fallstudie stützt die Annahme von Philipp Oswald, Klaus Overmeyer und Philipp Misselwitz (2013), dass Zwischennutzung unternehmerische Aktivität fördern kann. Dabei ist jedoch die faktische Nutzbarkeit des infrage kommenden Objekts für die vorgesehene Nutzung zu beachten. Obwohl sich verschiedene Leerstände in Luzern als mögliche Räume für Co-Working oder kulturelle Aktivitäten anbieten, geschah dies zum Zeitpunkt der Erhebung nur im Fall des alten Hallenbads (seither sind auch andere Zwischennutzungen im Gange), was auf die attraktiven Möglichkeiten des flexiblen, offenen, wandelfähigen und auf temporäre Nutzung ausgerichteten Raums für innovative Unternehmer zurückzuführen ist. Passend zur *Akteur-Netzwerk-Theorie* (Latour 2007) scheint es, dass die Art des physischen Raums selbst gewisse Aktivitäten fördert. Weitere Studien könnten dies anhand der *Akteur-Netzwerk-Theorie* weiterverfolgen.

Als alleinstehende Fallstudie sind die hier vorgestellten Befunde nicht uneingeschränkt generalisierbar. Der Themenkomplex verdient es, anhand ähnlicher Initiativen in ähnlich gelagerten Umständen andernorts untersucht zu werden. Weitere Studien könnten auch die Frage stellen, ob und unter welchen Umständen eine Extremform des spielerischen Ansatzes die vielversprechendste Wahl für die unternehmerische Stadt sein könnte.

ENTWICKLUNGSPROZESSE IN STÄDTEN UND GEMEINDEN

Möglichkeiten und Grenzen neuer Steuerungsformen

Bea Durrer Eggerschwiler,
Barbara Emmenegger

Einleitung

Gemeinden und Städte sind mit vielfältigen sozialen und planerischen Herausforderungen konfrontiert, die sowohl von globalen Trends als auch von lokalen Bedingungen abhängen. Das Institut für Soziokulturelle Entwicklung der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit begleitet Kommunen in ihren räumlichen und sozialen Entwicklungsprozessen. Dabei werden im Rahmen von unterschiedlichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten neue Herangehensweisen zur Lösung dieser komplexen Herausforderungen erprobt und angewandt. Die folgenden Ausführungen skizzieren im ersten Teil einige dieser Herausforderungen. Im zweiten Teil folgen Erläuterungen zu einem sozialräumlichen Ansatz und zu Strategien von Governance als neuen Steuerungsformen, die Gemeinden in der Bewältigung neuer Herausforderungen unterstützen sollen. Das Beispiel der Agglomerationsgemeinde Schlieren zeigt einen sozialräumlich ausgerichteten Quartierentwicklungsprozess. Er ist im Rahmen des von Schweizer Bundesämtern lancierten Programms «Projets urbains» gefördert worden. Das Fazit beleuchtet Erfolge und Stolpersteine dieses Beispiels und stellt die Frage, in welchem Spannungsfeld sich neue Steuerungsformen in Planungs- und Entwicklungsprozessen bewegen.

Globale Trends – lokale Chancen und Herausforderungen

Durch permanente Transformations- und Differenzierungsprozesse der Gesellschaft werden gesellschaftliche Herausforderungen komplexer. Dies zeigt sich in einer wachsenden strukturellen Ausdifferenzierung, in globalen Interdependenzen und in einer Vielfalt unterschiedlicher Betroffenheiten. Global erkennbar sind die technische und kulturelle Beschleunigung exponentiellen Ausmasses, Steigerungsraten in vielen Bereichen wie bspw. Verkehrsaufkommen, Produktion von Gütern etc. (Rosa 2016, S. 519). Zugleich zeigen sich die globalen Trends im demografischen Wandel einer hochmobilen

EXPEDITION ZÜRICH

GRÜN STADT ZÜRICH
Karl Stammitz, Fachbereichsleiter Beratung



Der Vorgarten: Ein Relikt aus längst vergangenen Tagen oder zeitgemässer Stadtbaustein? Das raumwirksame Grün des Vorgartens gliedert den Strassenquerschnitt im urbanen Kontext und sorgt zusammen mit Mauern und Einfriedungen für die notwendige Distanz zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre. Zu diesen *klassischen* Funktionen treten in der sich verdichtenden Stadt neue Aufgaben: als Aufenthaltsort für den Menschen und Lebensraum für Tiere und Pflanzen, die das Mikroklima verbessern helfen. In Abstimmung mit der Anordnung und Nutzung des Erdgeschosses, der Lage im Stadtkörper und konkurrierenden Ansprüchen wie ruhen dem Verkehr und Entsorgung bleibt die Gestaltung dieses Zwischenraums anspruchsvoll. Es braucht diese planerische Anstrengung, um eine hohe Qualität des Stadtraums zu gewährleisten. Zurück zur einleitenden Frage: Der Vorgarten bleibt für uns ein zeitgemässer Stadtbaustein, der sorgfältig gesichert und ortsspezifisch weiterentwickelt werden muss.

DURCH DIE VORGÄRTEN VON ZÜRICH UND BASEL

Ein Fotoessay

Marianne Halter

SKULPTURALE NATUR

Pflanzen werden im Vorgarten als erweiterte Architektur und als Referenz an fremde Gartenkulturen eingesetzt. Hier besteht ein ausgeprägter Wille zur Repräsentation; die Gestaltung erfolgt bewusst und wird gezielt eingesetzt.







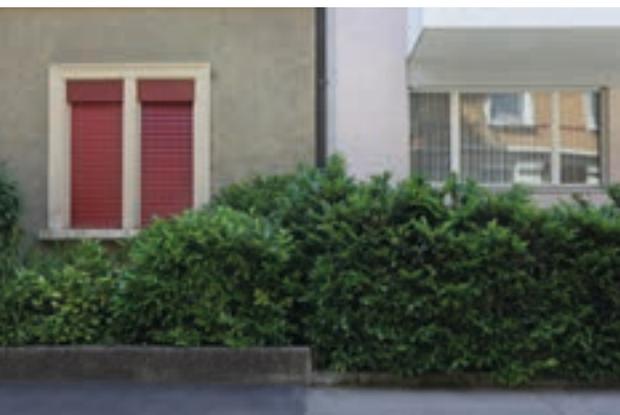
300





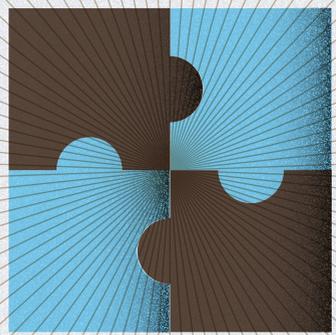
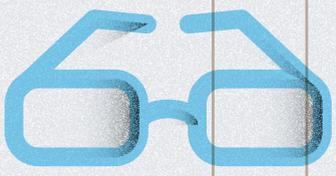
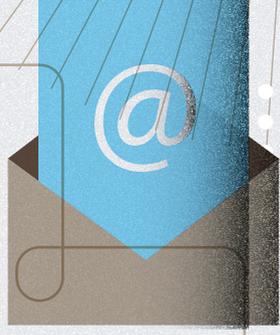
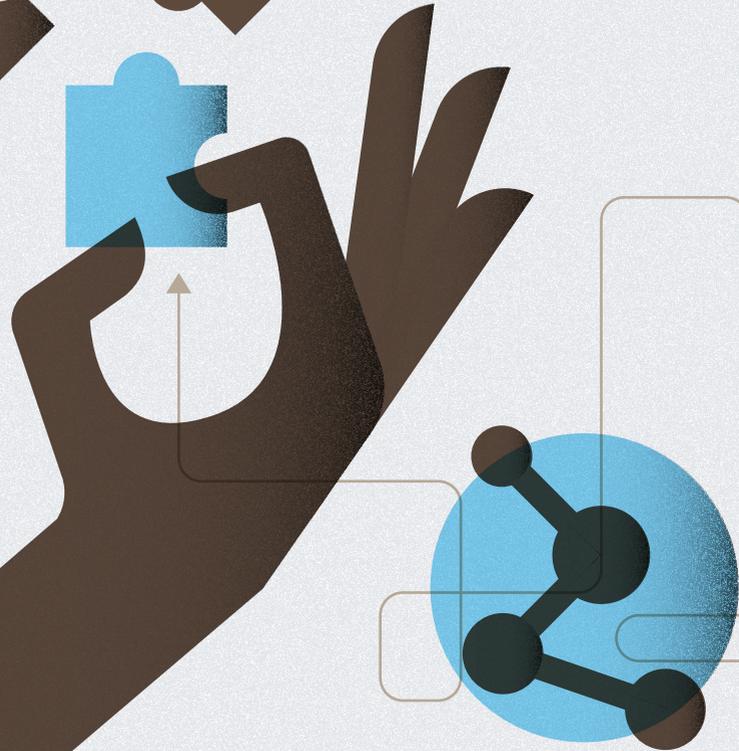
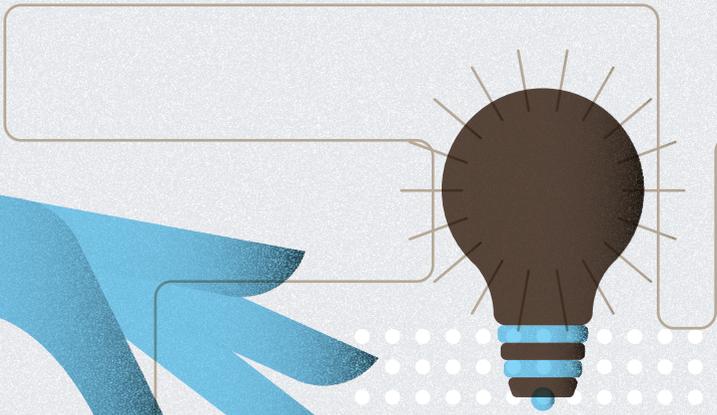
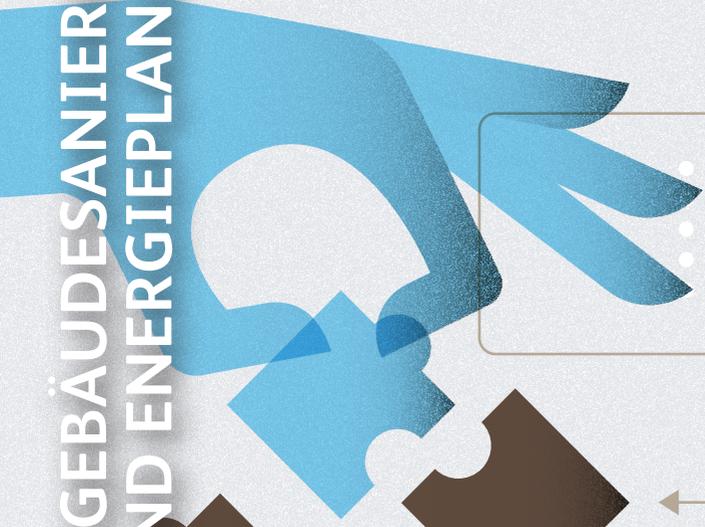
ABGRENZUNG UND SCHUTZ

Der Vorgarten dient als Distanzhalter, um zwischen Wohnung und Öffentlichkeit eine Pufferzone auszubilden. Manchmal genügt dafür der Raum als solcher, manchmal wird sehr deutlich eine Grenze gezogen.



2

.....
KOOPERATIVE GEBÄUDESANIERUNG
UND ENERGIEPLANUNG
.....





Die Haupttreiber des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen in Gebäuden können auf drei Einflussgrössen reduziert werden. Die Technologie (CO₂-Anteil am Energiemix und Energieeffizienz), die Sozioökonomie (Bevölkerungszahl und beheizte Geschossfläche pro Person) und überlagernd die Eigentums- und Baurechtsverhältnisse (Miete oder Eigentum und Grundstücksgrenze bzw. Bauzone).

Neubauten erfüllen die Anforderungen an das nachhaltige Bauen dank technologischer Entwicklungen, entsprechender SIA-Normen sowie verschärfter kantonaler Vorschriften bereits weitgehend. Die Transformation der Bestandesbauten mittels energetischer Sanierungen ist hingegen mit einer Rate von weniger als 1 Prozent pro Jahr und einem viel zu tiefen Dekarbonisierungsgrad beim Heizkesseleratz (< 10 %) immer noch unbefriedigend.

Das «SIA Energieleitbild», welches seit 2009 eine Dekarbonisierung des Gebäudeparks, aber auch den intelligenten Umgang mit Energie postuliert, fordert eine holistische Betrachtung, um allen drei Einflussgrössen des Energieverbrauchs Rechnung zu tragen.

Der im Interdisziplinären Schwerpunkt geförderte Ansatz, das «Gebäude im System» zu betrachten, mit entsprechender Areal- oder Quartierbetrachtung und dem frühen Einbezug der beteiligten Akteure – zum Beispiel für eine thermische Vernetzung oder Eigenstromgemeinschaften mehrerer Gebäude –, schafft attraktive Optionen mit gleichzeitig ökologischen, ökonomischen und städtebaulichen Mehrwerten.

LUZERNER TOOLBOX zur Entwicklung von Langzeitstrategien im Stockwerkeigentum

Melanie Lienhard, Amelie-Theres Mayer,
Stefan Bruni

Die Rolle des Stockwerkeigentums für die Umsetzung der Energiestrategie 2050

Die Energiestrategie 2050 (EnG 2016) des schweizerischen Bundesrats gibt vor, dass im Rahmen einer ihrer drei Stossrichtungen die Energieeffizienz gesteigert werden soll. Die Erneuerung bestehender Liegenschaften spielt dabei eine grosse Rolle, da der schweizerische Gebäudepark für rund 45 Prozent des inländischen Gesamtenergieverbrauchs¹ verantwortlich ist (Kemmler et al., 2016, S. 82). Insbesondere die jährliche Erneuerungsrate der Gebäudehülle, die sich heute im Mittel über alle Gebäudetypen bei ca. 1 Prozent befindet (Jakob et al., 2014, S. 21), ist noch nicht so hoch, wie es notwendig wäre, um die angestrebten Ziele zu erreichen (Jud, 2012, S. 2). Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass unzureichende Anreize (Jakob & Jochem, o.J., S. 6; Meier & Ott, 2005, S. 34) und mangelnde Einholung von professionellen Beratungen massgebend zu diesem *Performance Gap* in der Umsetzung beitragen (Jakob & Jochem, o.J., S. 7). Während technische Lösungen bereits weit fortgeschritten sind (Meier & Ott, 2005, S. 1), werden Strategien, welche den Eigentümer/innen ausreichend Anreize bieten, die Lösungen in ihren Liegenschaften zu implementieren, noch wenig umgesetzt.

Im Stockwerkeigentum (StWE) stellt die bauliche Erneuerung eine besondere Herausforderung dar, wie sich mit zunehmender Alterung der ersten StWE-Liegenschaften, die in den 1960er-Jahren begründet wurden, zeigt. Im Gegensatz zum klassischen Alleineigentum, wie es im Einfamilienhaus vorzufinden ist, sind StW-Eigentümer/innen zwar Alleineigentümer/innen des Inneren ihrer Wohnung – welches sich im sogenannten *Sonderrecht* befindet –, in erster Linie sind sie aber Miteigentümer/innen aller gemeinschaftlichen Gebäudeteile. Diese umfassen beispielsweise die Gebäudehülle, die Heizung, aber auch Erschliessungsräume wie Treppenhäuser, Laubgänge oder Dachterrassen, welche allen Eigentümer/innen zugänglich sind. Zusammen macht das gemeinschaftliche Eigentum im Schnitt mehr als die Hälfte der Gebäudeanteile und somit | 1 Durchschnitt der Jahre 2000–2015.

auch einen signifikanten Anteil des Gebäudewerts aus (Bärtschi, Picci, Niggli 2015, S. 40²). Dieser Aspekt des gemeinschaftlichen Eigentums gerät bei den Abwägungen zum Kauf jedoch ebenso wie die Tatsache der gemeinsamen Verantwortung für die Erneuerung der gemeinschaftlichen Gebäudeteile häufig ins Hintertreffen oder ist schlicht nicht ausreichend bewusst. Zugleich umfasst das gemeinschaftliche Eigentum aus energetischer Sicht die wesentlichen Gebäudeteile.

Allfällige Entscheide über die bauliche Erneuerung müssen hier immer von mehreren Parteien gutgeheissen werden und bedürfen somit meist eines vorgängigen Verhandlungsprozesses, der im Idealfall zu einem akzeptablen Kompromiss für eine Mehrheit der Eigentümer/innen oder gar aller Eigentümer/innen führt. Um die angestrebten Energieziele zu erreichen, müssen folglich auch Lösungen zur Vereinfachung von Unterhalt und Erneuerung bei StWE-Liegenschaften gefunden werden. Die Notwendigkeit wird dadurch verstärkt, dass sich das StWE seit der offiziellen rechtlichen Einführung im Jahre 1965 zunehmender Popularität erfreut. Angetrieben durch steigende Boden- und Liegenschaftspreise und ein aktuell anhaltend niedriges Zinsniveau stellt das StWE für viele eine bezahlbare Form des Wohneigentums dar. Hinzu kommen die Vorteile, die Eigentum allgemein gegenüber Mietobjekten hat, wie beispielsweise ein höheres Mass an eigener Gestaltungsfreiheit und die Möglichkeit der Kapitalanlage (Mayer & Haase, 2015 a).

Stockwerkeigentum ist heute keine vernachlässigbare Grösse mehr. Das rasante Wachstum dieser Eigentumsform zeigt sich beispielsweise in Zürich. Alleine zwischen 2000 und 2014 wuchs der Anteil von StWE-Liegenschaften am gesamten Gebäudebestand von 9,2 Prozent auf 14,7 Prozent (Statistisches Amt Kanton Zürich, 2017). Noch 1990 lag der Anteil bei lediglich 4,5 Prozent (Statistisches Amt Kanton Zürich, 2017). Innerhalb von 24 Jahren hat sich der Anteil von StWE im Kanton Zürich somit mehr als verdreifacht. Gemessen an den erteilten Baubewilligungen für neue Wohnungen in den letzten Jahren zeigt sich diese Entwicklung sogar noch deutlicher. Wie das statistische Jahrbuch des Kantons Zürich (2017, S. 225) hervorhebt, ist «Stockwerkeigentum [...] heute die wichtigste Form von neu erstelltem Wohneigentum». Auch wenn in den Jahren 2013–2015 vermehrt wieder Mietwohnungen erstellt wurden, liegt der Anteil neu erstellter Wohnungen

² Eigene Berechnung basierend auf den Angaben im StWE doch weiterhin deutlich über 20 aus der Quelle.

Prozent, während der Anteil neu erstellter Einfamilienhäuser seit dem Jahr 1999 nahezu kontinuierlich abgenommen hat (Statistisches Amt Kanton Zürich, 2017, S. 225).

Aufgrund der zunehmenden Verbreitung des Stockwerkeigentums muss die energetische Erneuerung auch in dieser Eigentumsform umgesetzt werden, wenn die angestrebten Energieziele im schweizerischen Gebäudepark erreicht werden sollen. Gerade die Spezifika des Stockwerkeigentums sind ein weiterer Hinweis darauf, dass rein technische Lösungen zu kurz greifen und der *Performance Gap* nur dann geschlossen werden kann, wenn auch sozialwissenschaftliche Ansätze in der Energieforschung berücksichtigt werden.

Untersuchte Themenfelder und Ansätze zur Optimierung von Unterhalt und Erneuerung im Stockwerkeigentum

In Anbetracht der aufgezeigten Herausforderungen beschäftigt sich die Hochschule Luzern bereits seit längerer Zeit mit der Thematik der Erneuerung im Stockwerkeigentum. Seit 2011 wurden verschiedene Forschungs-

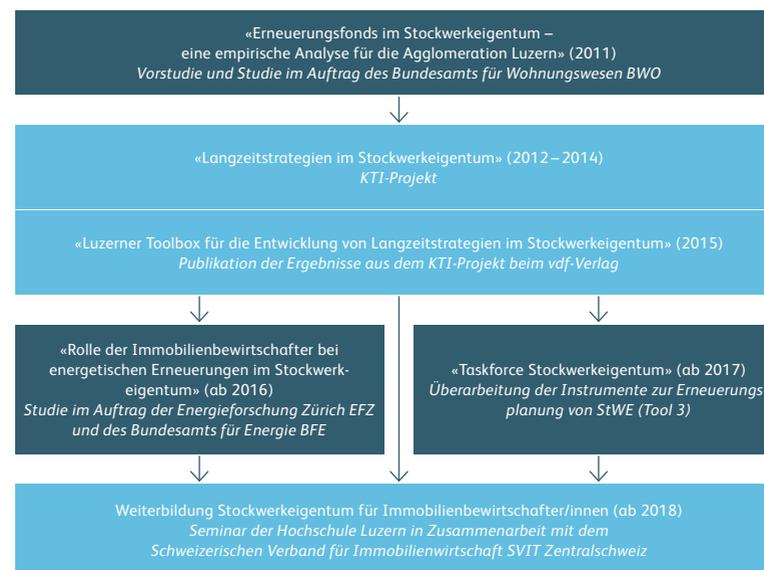
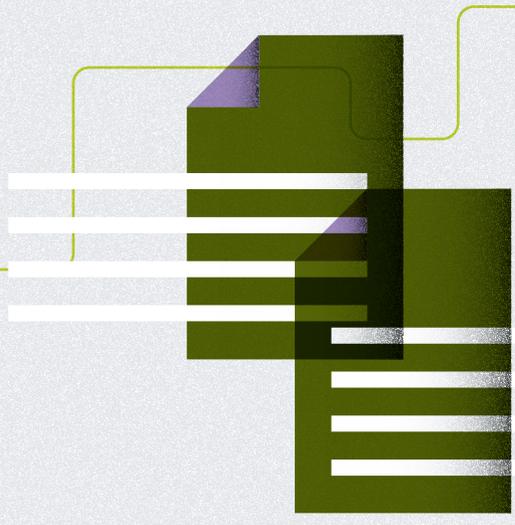
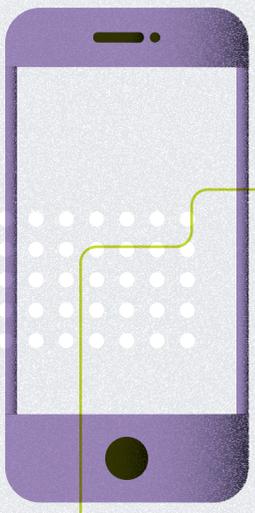
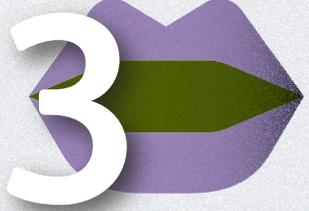
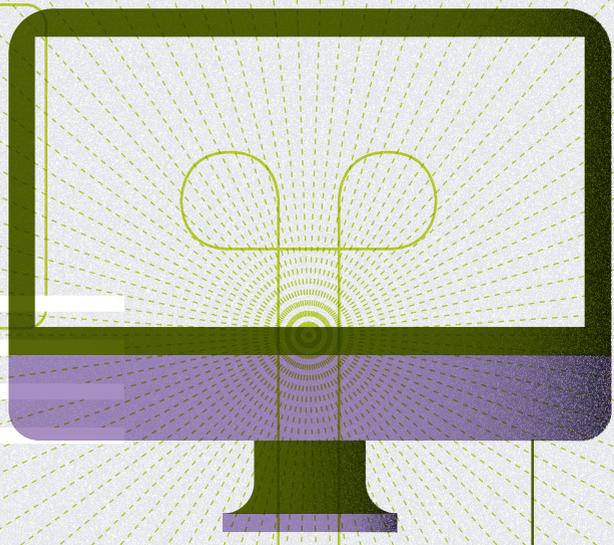
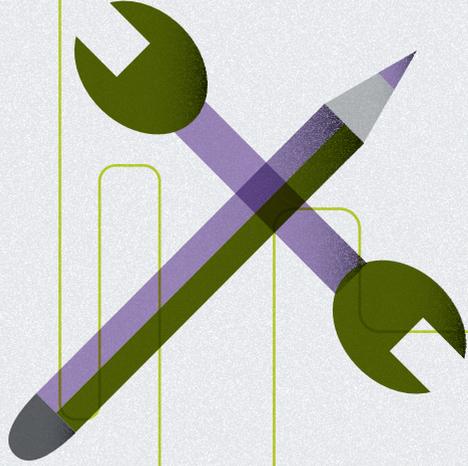


Abb. 1: Übersicht der vergangenen und aktuellen Projekte der Hochschule Luzern zum Stockwerkeigentum.

SOZIALER WANDEL UND LEBENSGESTALTUNG



303





Der demografische Wandel ist in aller Munde: unsere Gesellschaft wird grauer und zugleich bunter! Grau wegen der Alterung: In den nächsten 30 Jahren zeichnet sich in nahezu allen Kantonen ein Zuwachs von über 50 Prozent der Bevölkerung im Rentenalter ab. Bunter, weil im Zuge der Individualisierung die Bedürfnisse der Menschen vielfältiger werden, gerade auch im Alter. Ausserdem wird es mehr Haushalte geben, vorwiegend kleinere, die allgemein einen höheren Pro-Kopf-Wohnflächenverbrauch ausweisen.

Es gilt, den Wohnraum möglichst wandlungsfähig und hindernisfrei zu gestalten. Dem wachsenden Bedarf nach Begleitung und Unterstützung begegnet die Gesellschaft mit dem Aufbau von Netzen und mit neuen auf Solidarität basierenden Wohnformen. Stimuliert werden diese Entwicklungen durch die aktuelle Technologie und digitale Plattformen, dank derer Produkte, Dienstleistungserbringer und Nachfrager zeitnah zusammenkommen.

Im Zeitalter der Informationsflut und der fast uferlosen Möglichkeiten besteht die grosse Herausforderung darin, die Angebote den Betroffenen bekannt und vor allem zugänglich zu machen. Und natürlich diese im richtigen Ausmass am richtigen Ort – also dort, wo sie nachgefragt werden – bereitzustellen.

CO-HOUSING DESIGN

New qualities through new housing collaborations?

Lidewij Tummers

Introduction: self-organised housing

Resident-led or collaborative housing (co-housing) initiatives have developed in Europe since the 1990s, but regained interest in the 21st century as part of a new civil movement involved in alternative production of urban space, such as urban gardening, car-sharing, or co-working. Both in the Netherlands and in Switzerland, institutional partners such as housing corporations and local authorities are beginning to see co-housing residents as valuable social capital, and as a promising option to enhance resilience in neighbourhoods. Increasingly, co-housing initiatives are welcomed in urban development strategies (Droste, 2015; Fromm, 2012). Co-housing initiatives often rise out of inaccessible housing markets, but in many cases the ambitions include “diversity”, “inclusiveness” and “sustainability” (Tummers, 2017; Krokfors, 2012; Vestbro, 2010). Generally, they are seen as successful “urban oases”, “pocket neighbourhoods” (Chapin, 2010) or “villages in town” (Lietart, 2009).

Despite these positive evaluations, co-housing still only forms a small percentage of housing stock, and the realisation of projects continues to take considerable (voluntary) time and effort. Partly this can be explained by its leaving the standard models of housing, challenging investors and builders to engage in innovative technologies and processes which confront building regulations and conventions (Tummers, 2015). Co-housing networks exchange experiences on how to deal with specific situations, and create and disseminate knowledge about alternative contract forms, building materials creating urban, affordable projects and other issues. In practise, only part of the proposed innovations are realised, because design decisions are bound by financial models, building regulations and technology. This means that the architecture of co-housing requires a closer analysis and contextual reading beyond the initial design briefings.

The *primary objective* of this study is to offer a contextual reading of how ideas at the core of co-housing are expressed in spatial design. It focuses on the process of co-creation, and asks how the results differ from *mainstream* housing and urban development.

A generally recognised feature of co-housing initiatives is *self-management*, which basically implies that the organisational unit overlaps with the spatial unit (Fedrowitz and Gailing, 2003). The study presented here found, however, that the collaboration between co-housing associations and institutional housing suppliers is a key factor and, when functioning well, suggests a promising pathway to creating affordable as well as customised housing. Municipalities can also offer supportive infrastructure and countries adapt the legal framework to include individual or collaborative *self-commissioning*. In Germany, France and the Netherlands, connections to formal policies or strategies are developing rapidly (Droste, 2015; Bresson and Tummers, 2014; Krämer and Kuhn, 2007). Notably in France and Belgium, co-housing federations have successfully proposed modifications in policies and legislation.

The chapter first outlines the characteristics of the re-emergence of co-housing in Europe, and the consequent agenda co-housing in general addresses. It then looks at how this agenda translates in architectural design. The third section presents co-housing projects in the Dutch and Swiss context of national planning practises, which are then discussed in comparison to housing type and tenure, design process and insertion in the urban fabric. The fourth section reflects on how co-housing ideas relate to top-down design models and how they could be implemented on a larger scale. The contribution concludes with examples for supportive infrastructure to facilitate collaboration from an architectural and technical perspective.

Co-housing research: notes on method

Housing touches upon all aspects of life, therefore housing research needs to be multi-dimensional and to avoid oversimplification of cause and effect. Field observations have to be contextualised against the local housing cultures, market and housing system. This principle is illustrated with historical and international examples in the next section (context incentives) and applied when describing the case studies. The findings are based on empirical studies and around fifty project visits in six European countries, involving analyses of planning documents and interviews with residents and professionals, supported by literature reviews (Tummers, 2016). Furthermore, information was gathered through participative research with co-housing networks. The common characteristics found in the architecture are described

in the section on co-housing design. For this volume, contemporary initiatives in the Netherlands and Switzerland were selected, which represent recognised *best practices* in medium-size towns rather than flagship projects in urban centralities. This is done to avoid cases created under very specific conditions, which are therefore singular and less promising for *up- or out-scaling*. For example, land-prices are different and therefore density demands may lead to choosing terraced housing instead of apartments. Also, services offered in the surrounding areas are different, which influences the type of non-residential functions integrated in the project. For similar reasons of comparability, collective action close to co-housing but with a specific legal setting such as squatting or Community Land Trust are not included.

Context: incentives for co-housing

Urban housing design addressing societal changes through clustered and serviced housing proposals has a long history (see for example Hayden, 1979; Poldervaart, 2004; Coates, 2009; Gresleri, 2015). Starting with the French *Utopistes* (Poldervaart, 1993), other proposals identified as belonging to co-housing genealogy are the *Falanstère* model, although the realization is more top-down than resident-led (Klerk, 1980), or the one-kitchen house (Horelli and Vestbro, 2012; Sangregorio, 1995).

In post-war modernism, multiple designs based on functional concepts similar to *co-housing* have been proposed by architects and urban designers. Amongst others, Le Corbusier designed clustered houses with shared services and mixed use. These so-called *Maisons Radieuses* were managed by cooperatives until their abolishment by law in 1973 (Denèfle et al, 2006). In the Netherlands, Team Ten members such as Jan Paul Bakema designed complexes and neighbourhoods to mediate between urban and home, or the collective and the individual. One example is *'t Hool*, an initiative of Philips employees who created a housing coop (Putt, 2013). The residents are still involved in the management of the area, together with the housing association.¹ *'t Hool* is also an example of how contemporary housing originated in small cooperatives and changed in the course of post-war periods of up-scaling and neo-liberalism. In the Netherlands as well as in Switzerland and Germany, first generation housing cooperatives have grown into large established corporations, and have become part of institutional housing suppliers.

¹ www.woonwijkhethool.nl [Accessed 16.06.2017]

AUSBLICK

DIE ERWEITERUNG DES HORIZONTS im Zeitalter der Globalisierung

Michael Kaufmann

«Stadtplanung ist eine Verteilung oder Umverteilung des Leidens»

Lucius Burckhardt

Die Hochschule Luzern hat ein Paradebeispiel in der Entwicklung von Interdisziplinarität vorzuweisen. Es ist die Auseinandersetzung mit Bauen, Gebäuden, Siedlungen, Landschaften, Raumplanung, Ressourcen: Nach den interdisziplinären Schwerpunkten «Gebäude als System» und «Kooperation Bau und Raum» folgt nun der interdisziplinäre Themencluster (ITC) «Raum und Gesellschaft».

Die Thematik wurde 2009 mit dem interdisziplinären Schwerpunkt «Gebäude als System» gestartet. Damals war man noch auf Gebäude und intelligente, nachhaltige Gebäudesysteme fokussiert. In erster Linie also eine Sache von Architektur, Elektro- und Energietechnik, Design sowie wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Bald schon wurde jedoch deutlich, dass sozioökonomische Fragestellungen, Raumplanung, Urbanistik und Soziales gerade so wichtig waren und sich als erweiterter Kontext geradezu aufdrängten: Der Schwerpunkt «Kooperation Bau und Raum» war geboren und startete sozusagen als *Format 2.0* ab 2014. *Aufdrängen* ist eigentlich der falsche Begriff, denn vielmehr zwingt die innere Logik (darf man heute noch sagen: Vernunft?) im Bereich von Bauen, Planung und Umwelt alle praktisch orientierten Berufsleute von selbst dazu, quer durch die Disziplinen hindurch zu denken, um scheinbar unvereinbare Ansätze zu guten und nachhaltigen Lösungen zusammenzubringen.

Kooperation Bau und Raum meint wörtlich genau dies, und wenn man die diesbezüglichen Projekte aus dem interdisziplinären Schwerpunkt betrachtet, stellt man fest: In allen Departementen der Hochschule Luzern gibt es reihenweise kompetente Personen, die durch die Zusammenführung in ein interdisziplinäres Projekt beachtliche Synergieeffekte hervorbringen. Dass diese Arbeitsweise immer auch stark in der Praxis verankert ist, wie beispielsweise in einem koopera-

tiven Siedlungsentwicklungsprojekt zusammen mit einer Gemeinde wie Emmen, macht sie noch wertvoller. Hier entsteht eine Kombination von technischem und raumplanerischem Know-how, das sich bis zu sozialen und letztlich politischen Fragestellungen erstreckt. Was kann eine Hochschule als Ausbildungs- und Forschungsinstitution Besseres tun?

«Öffentlichkeit als bürgerlich, demokratische Institution verlangt nach ihrem Gegenteil, der Intimität der Privatheit», schreibt der Psychotherapeut Alexander Mitscherlich 1965 (!) in seinem bahnbrechenden Essayband *Die Unwirtlichkeit unserer Städte*. Die Politik, so Mitscherlich, müsse dieser Polarität zwischen dem öffentlichen und dem privaten Raum geben. Nur so sei ein Ansatz möglich, der unsere Siedlungsgebiete zu menschlich und sozial erträglichen Lebensräumen mache – und damit aus den von ihm beschriebenen technokratischen Massensiedlungen der Nachkriegszeit führe. Wie Mitscherlich unterstreicht, seien diesbezüglich zwischen dem sozialistischen Osten und dem kapitalistischen Westen keine Unterschiede festzustellen. Und Mitscherlich folgert noch weiter, indem er darauf verweist, dass das «Geben und Nehmen» zwischen Gruppe und Individuum im modernen urbanistischen Kontext durch die naturwissenschaftlich-technologischen Revolutionen in Unordnung geraten sei. Um zu einem Plädoyer für *Interdisziplinarität* anzusetzen, bevor diese als Begriff überhaupt in Mode war: «Dies ist einer der Gründe, warum heute der Verkehrsplaner, der Architekt und alle anderen Techniker allein das Problem einer Stadtplanung nicht mehr bewältigen können und die bereits tief in unserer Gesellschaft sich abzeichnende pathologische Entwicklung nicht aufzufangen vermögen» (Mitscherlich 1965, S. 121).

Damit liegt die Hochschule Luzern mit der Erweiterung des bisherigen interdisziplinären Schwerpunkts zum ITC «Raum und Gesellschaft» – obschon 50 Jahre nach Mitscherlichs ursprünglichen Erwägungen! – genau richtig und ist hoffentlich noch nicht zu spät. Konkrete Fragen der nachhaltigen Entwicklung unserer Lebensräume, seien dies Städte, Siedlungen oder unberührte Landschaften haben eine gesellschaftliche Dimension. Sie stellen sich tagtäglich in unserer Raum- und Stadtplanung. Genau das Verhältnis der gesellschaftlichen Dimension zum Siedlungsbau und zum Umgang mit natürlichen Ressourcen muss nach wie vor ein zentraler Fokus unserer Forschungs- und Lehrtätigkeit sein – quer durch alle Disziplinen und quer durch unsere sechs Departemente.

Natürlicherweise hat die Fragestellung von *Raum und Gesellschaft* eine nochmals erweiterte Sprengkraft – die sie bei aller Wissenschaftlichkeit und Faktengenauigkeit angesichts der heute anstehenden konkreten Fragestellungen auch haben darf. Denn in Zeiten der realen Globalisierung – auch durch Übernutzung und mobilitätsmässige Vernetzung in regionalen, nationalen und weltweiten Räumen – kann man gar nicht radikal genug an diese Zusammenhänge herangehen. Der ITC «Raum und Gesellschaft» wird also der Thematik auf den Grund gehen und die Verhältnisse zwischen dem Bauen, den Räumen und der Gesellschaft untersuchen müssen. Er kommt dabei nicht um die Tatsachen der Ressourcenverschwendung und deren Auswirkungen auf Umwelt und Landschaft herum: nicht um die soziale Frage des unterschiedlichen und zum Teil diskriminierend ungleichen Zugangs der Menschen zu Infrastruktur, Ressourcen und Raum; nicht um die Zerschlagung von Kultur und menschlicher Netzwerke durch globalisierte Kommunikations- und Kontrollsysteme; und letztlich nicht um die Beschreibung einer Ökonomie der Umverteilung von Boden, Ressourcen und Kapital zugunsten von immer weniger Besitzenden (siehe Piketty, 2015). Nur so wird es dem ITC «Raum und Gesellschaft» möglich sein, Erkenntnisse und Rezepte zur Entwicklung von kreativen, menschlichen und zukunftsweisenden Konzepten zu sammeln. Um damit (auch) einen Beitrag an eine Gesellschaft zu leisten, in der das *Leiden* im Sinne des grossen Schweizer Stadtsoziologen und Stadtphilosophen Lucius Burckhardt (siehe u.a. Burckhardt 2004) gerecht verteilt ist.

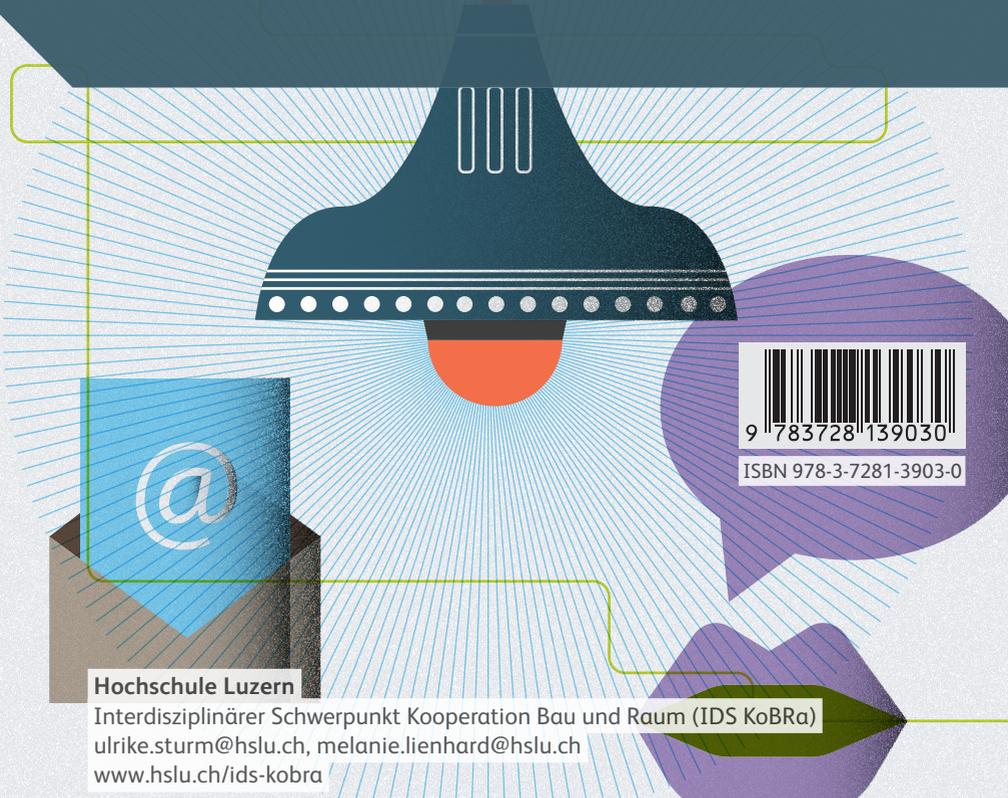
Das Teilen von knapper werdenden Ressourcen ist eine der grossen gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Im Interdisziplinären Schwerpunkt *Kooperation Bau und Raum* der Hochschule Luzern untersuchten verschiedene Projekte zwischen 2014 und 2018, wie die gemeinsame Nutzung von Ressourcen durch kooperative Netzwerke in Gang gesetzt und optimiert werden kann. Über den Einbezug der jeweiligen baulichen, technischen, räumlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Komponenten sollten die Projekte einen geteilten Mehrwert für die Nutzen schaffen.

Der vorliegende Herausgeberband stellt die Ergebnisse dieser Forschung und Entwicklung vor. Beschrieben werden Projekte, die aus dem Interdisziplinären Schwerpunkt *Kooperation Bau und Raum* heraus entstanden sind, sowie weitere Projekte, die unabhängig zu einem der Themenfelder des Interdisziplinären Schwerpunkts gearbeitet haben. Die drei Kapitel des Bandes sind entlang dieser Themenfelder strukturiert:

KAPITEL 1: Neue Planungsprozesse in Städten und Gemeinden

KAPITEL 2: Kooperative Gebäudesanierung und Energieplanung

KAPITEL 3: Sozialer Wandel und Lebensgestaltung



Hochschule Luzern

Interdisziplinärer Schwerpunkt Kooperation Bau und Raum (IDS KoBRa)

ulrike.sturm@hslu.ch, melanie.lienhard@hslu.ch

www.hslu.ch/ids-kobra



9 783728 139030

ISBN 978-3-7281-3903-0